ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 17. Februar 2011 | 62. Jahrgang | Nummer 4

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Kommunale Spitzenverbände zu Hartz IV:

Schluss mit der Hängepartie!

Das Ringen zwischen Bundesregierung und Opposition über die Hartz-IV-Reform mit der Anhebung des Arbeitslosengeldes II um fünf Euro geht in eine weitere Runde. Der Bundesrat rief einhellig mit den Stimmen der von Union und SPD regierten Länder erneut den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat an. Damit wurde eine Abstimmung über die Vorschläge der Bundesregierung vermieden, bei der sich eine Niederlage für Union und FDP abgezeichnet hatte.

Die kommunalen Spitzenverbände haben nun eindringlich an Bundestag und Bundesrat appelliert, sich schnellstens auf eine Lösung zur Regelsatzerhöhung für Hartz-IV-Empfänger und das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder zu verständigen. Außerdem müssten die Kommunen bei den seit Jahren steigenden Sozialausgaben entlastet werden, in dem der Bund die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter übernimmt.

Trauerspiel

Nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Neuss bezeichnete es der Deutsche Städtetag als „ein Trauerspiel, dass sich Koalition und Opposition bisher nicht auf eine gemeinsame Lösung im Sinne der bedürftigen Familien und Kinder einigen konnten“. Städtetagspräsidentin Petra Roth: „Wir appellieren an alle Beteiligten, den verfassungswidrigen Zustand rasch zu beenden.“

Die Städte begrüßten die Initiative aller Seiten im Vermittlungsverfahren, die Kommunen bei der Grundsicherung im Alter zu entlasten. Eine Entlastung von diesen derzeit jährlich rund 3,9 Milliarden Euro sei überfällig, weil es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. „Die Städte brauchen dringend diese Entlastung bei den Sozialausgaben. Und sie lehnen es ab, eine Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund sachfremd mit einer Reform der Kommunalsteuern oder anderen Themen zu verknüpfen“, stellte Roth fest.

Maßgebliche Rolle

Nach Auffassung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages sollte den Kommunen bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets eine maßgebliche Rolle zukommen. Die Bildungs- und Teilhabeleistungen sollten auf schon vorhandene kommunale Angebote und Strukturen aufsetzen, um Doppelstrukturen zu vermeiden und die lokale Kompetenz der Städte zu nutzen. Die neuen Leistungen durch die kommunalen Träger zu den Kindern zu bringen, könne ein möglicher Weg sein. Dies setze allerdings zwingend eine vollständige, dauerhafte und direkte Kostenerstattung einschließlich der Verwaltungskosten voraus. Großen Wert legen die Städte in diesem Zusammenhang auf eine Revisionsklausel, mit der gewährleistet ist, dass im Falle von höheren Kosten für das Bildungspaket diese ebenfalls erstattet werden.

„Die Städte sind nicht mehr bereit, Aufgaben zu übernehmen, die nicht voll finanziert sind“, so die Städtetagschefin. Im Interesse der Klarheit der Finanzierung und Transparenz von Kostenentwicklungen dürfe eine Vermischung der Finanzierung unterschiedlicher Aufgaben, zum Beispiel von Bildungs- und Teilhabepaket und Unterkunftskosten, nicht stattfinden. „Wenn die kommunalen Träger die Zuständigkeit für das Bildungspaket erhalten, sollte das Geld für die neue Aufgabe den Kommunen über den bereits bestehenden Artikel 91 e des Grundgesetzes zur Verfügung gestellt werden“, meinte Roth. Damit könnten die Aufwendungen der Kommunen einschließlich der Verwaltungskosten direkt erstattet werden.

Kostenerstattung

Eine Kostenerstattung fordern die Städte auch für die kommunalen Mehrbelastungen durch die Neuregelungen im Regelsatzgesetz wie den Wegfall des Kinderwohngeldes und der Änderung der Hinzuverdienstgrenzen, die bisher vom Bundesarbeitsministerium mit rund 300 Millionen Euro veranschlagt worden sind. Dies gelte auch für weitere finanzielle Belastungen der Kommunen wie die Warmwasserkosten für Langzeitarbeitslose, die nicht mehr Bestandteil des Regelsatzes sind, sondern durch die kommunal finanzierten Unterkunftskosten abgedeckt werden sollen.

Auch der Bayerische Gemeindetag fordert ein schnelles Ende bei den Hartz IV Verhandlungen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Auf dem Netzkongress: Ministerpräsident Horst Seehofer (2. v. r.) und die stellvertretende CSU-Generalsekretärin Dorothee Bär mit Mitgliedern des CSU-Netzrates.

CSU-Netzkongress in München:

In Freiheit und Fairness

Unter dem Motto „In Freiheit und Fairness“ veranstaltete die CSU in der Münchner Hanns-Seidel-Stiftung einen Netzkongress, bei dem ein Expertenpapier des CSU-Netzrates vorgelegt wurde. Dieses Positionspapier ist eine Premiere, weil erstmals in Deutschland ein Gesamtblick auf den Bereich Internet und Politik gelegt wird. „Unser Positionspapier soll kein Ende, sondern der Anfang der Diskussion sein“, erläuterte der Passauer Juraprofessor Dirk Heckmann, der das Schriftstück maßgeblich mitgestaltete.

Wie die Vorsitzende des CSU-Netzrates und stellvertretende Generalsekretärin Dorothee Bär darlegte, „ist das Internet nach voller Überzeugung der CSU ein Gewinn für die Menschheit“. Der virtuelle Raum sei vieles: Weltbibliothek und Jobmaschine, globaler Supermarkt und weltumspannende Versammlungsmeile. „An allererster Stelle in einer Politik für das Netz muss daher stehen: Wir wollen gemeinsam die Chancen des Internets nutzen.“

Vor über 300 Teilnehmern, darunter auch CSU-Vorsitzender Horst Seehofer, wurden die Grundzüge der Ergebnisse der Arbeit des CSU-Netzrates erläutert. Bär: „Wir werden dem Internet, seinen Chancen und den Menschen, die es nutzen, nicht gerecht, wenn wir es einseitig und vorrangig als Sicherheitsrisiko betrachten.“ Die verantwortungsbewusste Offenheit gegenüber neuen technischen Entwicklungen sei immer ein Markenzeichen der CSU gewesen.

E-Government

Nicht nur Bürger und Unternehmen, sondern auch der Staat profitiert vom Internet. Vielfältige Einsatzmöglichkeiten internetbasierter Dienste in der Verwaltung machen E-Government zum Motor der Verwaltungsmo-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Datenschutz zeitnah neu regeln

Angesichts der rasanten Entwicklung und Nutzung von Dateien durch Staat, Kommunen und Wirtschaft hat der Landesbeauftragte für den Datenschutz Staatsregierung und Landtag aufgefordert, das entsprechende Gesetz von 1993 zu modernisieren. Es bestehe erheblicher Änderungsbedarf, stellte Dr. Thomas Petri fest, als er seinen Tätigkeitsbericht 2010 Presse und Öffentlichkeit im Maximilianeum übergab.

Mit dem im Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon sei das Europäische Grundrecht auf Datenschutz als wesentlicher Fortschritt rechtsverbindlich geworden.

Die Staatsregierung solle einen bereits vorhandenen Reformentwurf „möglichst zeitnah in den parlamentarischen Gesetzgebungsprozess überführen“.

Verbunddateien

Insbesondere nannte Petri Regelungen zum Umgang mit personenbezogenen Daten im Internet. Dringend notwendig sei auch eine angemessene Begrenzung von so genannten Verbunddateien, die von vielen Stellen auf staatlicher und kommunaler Ebene gemeinsam genutzt werden und „ein besonderes Gefährdungspotenzial für die erfassten Personen“ enthalten. Gegenwärtig sei der Trend zu beobachten, dass die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

„Jeder schließt von sich auf andere und berücksichtigt dabei nicht, dass es auch anständige Menschen gibt“, meint die Vorzimmerperle. Ihr Chef plant eine Kampagne im ÖPNV, bei der es um Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit geht. Diese Attribute erleichtern grundsätzlich das Zusammenleben. Seite 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Mit dem Ankauf von 15 Hektar Fläche werden wertvolle Lebensräume der Riesheiden langfristig gesichert. Dies betonte Dr. Markus Söder, Umweltminister und Vorsitzender des Bayerischen Naturschutzfonds, in Donauwörth bei der Übergabe eines Förderbescheids über rund 430.000 Euro an die „Heide-Allianz Donau-Ries“ (Siehe auch Seite 8).

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Haushaltsberatungen: Ganzes Land wettbewerbsfähig	2
Repräsentativumfrage der Hanns-Seidel-Stiftung	2
Kartell bei Feuerwehrfahrzeugen	2
GZ-Kolumne Heinrich Lenz: Das Land hat Zukunft	**3**
Zukunftsprojekt Energiespeicher Riedl	3
Wehrhafte Demokratie	4
GZ-Fachthemen: IT-Ausstattung in der Kommunalverwaltung	**5-7**
Umwelt	**8**
Aus den bayerischen Kommunen	9-12

Ganzes Land wettbewerbsfähig

Haushaltsberatungen im Zeichen des Entwicklungsgutachtens des Zukunftsrats

Die im Haushaltausschuss des Landtags angelaufenen Beratungen über den Etatentwurf 2011/12 der Staatsregierung mit dem Milliardenprogramm „Aufbruch- Bayern“ als Leitlinie, um Bayerns Spitzenstellung in der Landesentwicklung trotz aller Sparmaßnahmen zu halten, stehen angesichts des heftigen Streits um das Landesentwicklungsgutachten des von der Staatsregierung letztes Jahr berufenen Zukunftsrates im Zeichen des Zieles, in allen Teilen des Freistaats gleichwertige Lebensbedingungen zu erhalten und sie wettbewerbsfähig zu machen.

So steht es in einem nach Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und Etatrede des Finanzministers im Plenum beschlossenen Antrag der Koalitionsparteien CSU und FDP. Die Opposition stimmte damit zwar im Grundsatz überein, befand jedoch, dass es sich bei Aufbruch Bayern um eine nicht mit Zahlen untermauerte Luftnummer handele. Das Zusammenwirken von Staat und Kommunen ist dabei von besonderer Bedeutung.

Ausgabevolumen

Eine Woche nach der Regierungserklärung Horst Seehofers (GZ Nr.3/03.02.11) hatte Finanzminister Georg Fahrenschon die Perspektiven mit Zahlen untermauert. Das formale Ausgabevolumen des Haushalts beträgt heuer 42,7 und nächstes Jahr 43,1 Mrd. Euro, gegenüber 2009/10 ein leichter Anstieg von 1,6 und 1,0%. Dies ohne neue Schulden, was die Opposition für unsolide und Zahlentrickserei hält, zumal die Investitionsquote von 11,9 auf 10,8% zurückgeht. Volkmar Halbleib (SPD) sah ein „Staatsschauspiel“ im Stil Edmund Stoibers bei dem der „kaufmännische Direktor“ Fahrenschon gute Miene zum schlechten Spiel mache. Claudia Stamm (Grüne) sprach von der „Luftnummer FBI“ (Familie, Bildung, Investitionen). Dies als Programm zu verkaufen, sei mehr, als ein Schönheitsfehler, denn die Leute sind doch nicht blöd, und haben es satt, dass man ihnen was vormacht“. Manfred Pointner (FW) warf der Staatsregierung vor, die Kommunen zu schwächen. Deren finanzielle Schieflage müsse schnell ein Ende haben, damit Städte und Gemeinden „wieder ihren sozialen Pflichtaufgaben nachkommen können“.

Georg Winter (CSU) befand, mit FBI als den gesellschaftlichen Zukunftsfeldern würden die richtigen Schwerpunkte gesetzt und finanziert; dies zum sechsten und siebenten Mal ohne neue Schulden. Was die Einsparungen betreffe, werde man sich „das eine und andere“ im Haushaltsausschuss „noch anschauen müssen“.

Karsten Klein (FDP) bestätigte, man sei auf dem richtigen Weg, verwies aber auch auf die interfraktionelle Arbeitsgruppe der Koalition, welche die Details schon überprüft habe und weiter arbeiten werde. Sein Fraktionskollege Prof. Georg Barfuß versicherte, für die Koalition sei auch der kommunale Finanzausgleich ein wichtiges Mittel der Politik.

Missverständnis

Der Landtagsdiskussion geben die Empfehlungen des Zukunftsrats bei den Etatberatungen den Hintergrund. Die Stadtregionen München, Augsburg, Ingolstadt, Nürnberg-Fürth, Erlangen, Regensburg und Würzburg zu Leistungszentren auszubauen und schwächeren Regionen stärkere Zusammenarbeit mit Nachbarn im In- und Ausland zu empfehlen, war in allen fünf Fraktionen wie auch bei Gemeinde- und Landkreistag auf entschiedenen und empörten Widerspruch gestoßen. Der Zukunftsrat fühlte sich missverstanden, wie sein Vorsitzender, Wirtschaftsprofessor Herbert Henzler, versicherte. Im Landtag betonten Seehofer und Fahrenschon, die Auswertung des Gutachtens und die politischen Entscheidungen seien Sache von Staatsregierung und Landtag.

Gleichwertigkeit

Dem Ministerrat hat Henzler zusammen mit anderen Mitgliedern des Zukunftsrates das 99 Seiten umfassende Papier vorgestellt und erläutert. Der Ministerpräsident und sein Stellvertreter, Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) bekräftigten im Anschluß, „wir stehen für gleichwertige Lebensverhältnisse, für Arbeit und Chancen überall in Bayern, in Stadt und Land“. Die unverändert umstrittene Vorlage des Zukunftsrats wurde dem Landtag übermittelt, wie in einem einstimmig angenommenen Dringlichkeitsantrag der Grünen beschlossen. Federführend diskutiert wird das Gutachten im Wirtschaftsausschuss, dessen Vorsitzender Erwin Huber (CSU) zu den schärfsten Kritikern des inzwischen auch veröffentlichten Werkes gehört.

Gegengremium

CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid trat dem nicht zuletzt aus den eigenen Reihen laut gewordenen Protest und der Forderung entgegen, den Zukunftsrat aufzulösen oder auch ein Gegengremium für den ländlichen Raum zu berufen. Dessen ungeachtet hat der Berliner CSU-Landesgruppenchef Dr. Hans-Peter Friedrich aus Hof einen „Zukunftsrat ländlicher Raum“ angekündigt, der sich am 28. Februar in Bayreuth erstmals treffen soll. Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel (FDP), die einen Staatssekretärsausschuss für Fragen der Landesentwicklung leitet, konterte, die Politik für den ländlichen Raum werde in Bayern immer noch von der Staatsregierung gemacht und nicht „von irgendwelchen Gremien, die sich die CSU in ihrer Not ausdenkt“. Friedrich solle sich lieber darum kümmern, bayerische Interessen in Berlin zu vertreten und durchzusetzen. **rm**

BayernLB-Untersuchungsausschuss:

Kauf der maroden HGAA war fahrlässig

Opposition besteht auf Schadensersatz

Der Untersuchungsausschuss des Landtags zur Aufklärung von Fehlern und Versäumnissen ehemaliger Spitzenpolitiker der CSU beim Kauf der Kärntner Hypo-Group Alpe Adria (HGAA) im Jahr 2007 durch die BayernLB endet nach einjähriger Arbeit mit der übereinstimmenden Feststellung von Koalition und Opposition, Fahrlässigkeit der seinerzeitigen Verwaltungsratsmitglieder der BayernLB habe dazu beigetragen, dass die Risiken des Kaufs nicht voll erkannt wurden, was bis heute zu Verlusten von 3,75 Mrd. Euro zu Lasten der Steuerzahler geführt hat.

Inwieweit dafür Schadensersatzansprüche an Verwaltungsräte eingeklagt werden können, wird zwischen CSU und Opposition kontrovers beurteilt, zwischen CSU und ihrem Koalitionspartner FPD seit 2008 in gewissen Unterschieden. Mitte März will der Ausschuss den Mehrheitsbericht von CSU und FDP sowie den in der Frage der Haftung gegensätzlichen Minderheitenbericht von SPD, Freien Wählern und Grünen beraten und dem Plenum vorlegen.

Zivilrechtliche Schritte

Die Opposition, an der Spitze die SPD, sieht als erwiesen an, dass sich die ehemaligen Minister Prof. Kurt Faltlhauser, Erwin Huber und Dr. Günther Beckstein sowie der seinerzeitige Staatssekretär Georg Schmid (heute CSU-Fraktionsvorsitzender) als Mitglieder des Verwaltungsrates der Fahrlässigkeit oder gar der groben Fahrlässigkeit schuldig gemacht haben. Auf jeden Fall seien Faltlhauser und der damalige Sparkassenverbandspräsident Dr. Siegfried Naser (abwechselnd Vorsitzender und Stellvertreter im Verwaltungsrat) zur zivilrechtlichen Verantwortung zu ziehen. Entsprechende Klagen zu erheben, sei rechtlich Sache des heutigen BayernLB-Vorstands. Der hat mit Zustimmung des Verwaltungsrates bisher nur Klagen gegen ehemalige Vorstandsmitglieder mit Dr. Werner Schmidt an der Spitze beschlossen.

301 Aktenordner

Nach Ende der Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss mit rund 80 Zeugen und der Sichtung von 301 Aktenordnern im Januar dieses Jahres ging Ausschussvorsitzender Thomas Kreuzer (CSU) daran, den Schlussbericht zu konzipieren. Anfang Februar legte er die 150 Seiten der Presse und der Opposition vor: Unstrittig sei, dass Mitglieder des Verwaltungsrats „nur für grob fahrlässiges Verhalten und Vorsatz haften“. Bei einfachen Verwaltungsratsmitgliedern sei somit keine Haftung gegeben. Bei Naser und Faltlhauser sei grobe Fahrlässigkeit „weder sicher anzunehmen noch auszuschließen“. Aus Erfahrung als Richter riet Kreuzer von Klagen ab. Der Bericht stellt indessen ein „schuldhaftes Verhalten“ des Bankvorstandes fest, weil er entscheidende Risiken verheimlicht habe. Karsten Klein, das einzige FDP- Ausschussmitglied, zeigte sich mit Kreuzers Textentwurf einverstanden, mit dessen Auslegung jedoch nicht. Der amtierende BayernLB-Vorstand hätte Klagemöglichkeit.

Verjährungsfristen

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Harald Güller (SPD), Bernhard Pohl(FW) und Dr. Sepp Dürr (Grüne) sahen ihre Wertung der Ereignisse voll bestätigt. Sie forderten den Bankvorstand auf, die nach Gesetzesänderung noch sechs Jahre laufende Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche zu nutzen. Die Höhe einzuklagender Beträge wäre juristisch zu prüfen. Es könnte sich zwar nicht um die 3,75 Mrd. Euro Verlust insgesamt handeln, wohl aber um bis zu dreistellige Millionensummen. Der BayernLB-Vorstand prüft derzeit juristische Schritte gegen Faltlhauser und Naser. **rm**

Alternativer Zukunftsrat für ländlichen Raum

Die Diskussion um die Studie des „Zukunftsrates“ stößt in den Regionen Ost- und Nordbayerns auf Kritik. Dazu erklärte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Hof/ Wunsiedel, Dr. Hans-Peter Friedrich:

Gemeinsame Entfaltung

„Städte und Metropolen können ihre Kraft nur zusammen mit den ländlichen Räumen entfalten - gerade auch und besonders in Bayern. Diese Bedeutung der ländlichen Räume sowohl in ökonomischer als auch in gesellschaftspolitischer Sicht wird im Gutachten des „Zukunftsrates“ bedauerlicherweise gänzlich ausgeblendet. Unsere Region braucht daher alternativ zum „Zukunftsrat“ einen „Zukunftsrat ländlicher Raum“.

Dieser „Zukunftsrat ländlicher Raum“ solle ein wirksames Gegengewicht zur Sicht der Metropolen im „Zukunftsrat“. ❐

Partizipation und Engagement in Bayern

Hanns-Seidel-Stiftung stellt repräsentative Umfrage vor

Im Hinblick auf die Bewertung des eigenen bürgerschaftlichen Engagements ist die bayerische Bevölkerung gespalten. Gut die Hälfte glaubt sich eher zu viel oder im richtigen Umfang zu engagieren. Allerdings bekunden 45% in dieser Frage ein schlechtes Gewissen, zumal aus Sicht von nahezu 80% der Bayern hinreichend Möglichkeiten zum bürgerschaftlichem Engagement an ihrem Wohnort sehen.

Das Engagement befindet sich jedoch im Wandel. Die Meinungsforscher im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung verzeichnen im Vergleich zu 1995 einen Trend weg von Vereinen mit unterschiedlicher Zielsetzung wie z.B. Sport- oder Kulturvereine (48 auf 43%), während Bürgerinitiativen (8 auf 14%) und Hilfsorganisationen wie z.B. Feuerwehr oder Rotes Kreuz (15 auf 17%) zulegen können. Kirchliche Vereinigungen bleiben in der Gunst stabil (20%), politische Parteien nehmen ab (8 auf 6%). Als Hauptmotive für ihr Engagement nennen 60% das Gemeinschaftsgefühl, 49% die Freizeitgestaltung sowie 24% Information und Dialog.

Stammtisch

Nicht ganz unerwartet nimmt der Stammtisch neben den Vereinen in Bayern eine besonders herausragende Rolle ein. Die Frage nach der Zugehörigkeit zu mindestens einem Stammtisch oder einer vergleichbaren Gesprächsrunde bejahen 43%. In der Altersschichtung zeigt sich, dass die mittleren und älteren Jahrgänge hier deutlich aktiver sind als die jüngeren. Auch regional gibt es ein Gefälle: In Südbayern ist die Stammtischkultur deutlicher ausgeprägt als im Norden.

Über die genannten Partizipationsformen hinaus wurde auch der Einfluss des Internets untersucht. Hier sind erwartungsgemäß die jüngeren Jahrgänge aktiver. Drei von zehn Bayern kennen Weblogs als eine „interessante und sinnvolle Ergänzung zu professionellen journalistischen Angeboten“, werden aber derzeit nur von 6% der Bevölkerung genutzt und sind somit eine eher selten wahrgenommene Option aus dem breiten Angebot des Internets.

„Das gesellschaftliche Engagement und die politische Partizipation erachten wir für den Zusammenhalt der Gesellschaft als äußerst wichtig. Wir erforschen die langfristigen Trends und setzen uns für eine Förderung des Ehrenamtes ein“, erklärte der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Staatsminister a.D. Hans Zehetmair.

Bayernweit befragte das Institut GMS 1.854 Personen vom 15. September bis 16. Oktober 2010. Die Ergebnisse präsentierte GMS-Geschäftsführer Dr. Helmut Jung am 4. Februar 2010 in München. Die 80-seitige Studie dokumentiert die Ergebnisse in drei Altersschichtungen sowie teilweise regional nach Regierungsbezirken. ❐

Im Internet zum Herunterladen oder Bestellen unter: www.hss.de/publikationen.html

Kartell bei Feuerwehrfahrzeugen

Zur bekannt gewordenen Kartellbildung namhafter Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Es ist unglaublich, mit welcher Dreistigkeit Preisabsprachen zulasten der Steuerzahler erfolgt sind. Jahrlang sind die Gemeinden von den Fahrzeugherstellern betrogen worden.“ Brandl forderte das Bundeskartellamt auf, noch offene Verfahren so schnell wie möglich abzuschließen, sowie den Bund, die bereits von den Herstellern akzeptierten Bußgelder von insgesamt 20,5 Mio. Euro den Kommunen zur Verfügung zu stellen. „Die Geschädigten sind die Gemeinden und Städte. Die Bußgelder sollten daher ihnen ausbezahlt werden.“ Außerdem wird derzeit geprüft, welche Möglichkeiten es gibt, zuviel gezahlte Kaufpreise zurückzufordern.

Drei namhafte Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen haben seit mindestens 2001 verbotene Preis- und Quotenabsprachen praktiziert und den Markt untereinander aufgeteilt. ❐

Martin Runge neuer Grünen-Fraktionschef

Vorgänger Thomas Mütze gibt auf

Die Grünen haben im Landtag turnusgemäß zur Halbzeit der Legislaturperiode ihren Fraktionsvorstand neu gewählt. Dabei gab es in der Doppelspitze eine Veränderung. Der 52-jährige Wirtschaftspolitiker Dr. Martin Runge wurde als Nachfolger von Thomas Mütze Vorsitzender neben Margarete Bause, die ebenso wie Fraktionsgeschäftsführerin Ulrike Gote im Amt bestätigt wurde. Runge bekam in einer Kampfabstimmung gegen den schwäbischen Bildungspolitiker Thomas Gehring 10 von 19 Stimmen.

Mütze war im Juni letzten Jahres zum Nachfolger von Sepp Daxenberger gewählt worden, der wegen seiner schweren Erkrankung aufgab und im August starb. Der aus dem Stimmkreis Aschaffenburg 2003 über die unterfränkische Wahlkreisliste ins Parlament gewählte Mütze fühlte sich überfordert und will sich nun wieder stärker seinem Stimmkreis und seiner Familie widmen. „Ich habe meinen eigenen Ansprüchen nicht genügt und es ist einfach nicht mein Job“, erklärte er, als er seinen Rückzug eine Woche vor dem Neuwahltermin bekannt gab. Er trete ins Glied zurück und werde weiter politisch inhaltlich arbeiten.

Nachfolger Runge aus Gröbenzell im oberbayerischen Stimmkreis Fürstenfeldbruck ist grünes Urgestein und seit 1996 Abgeordneter. Als Betriebswirtschaftler war er Unternehmensberater. In seiner Partei und Fraktion, insbesondere für die politischen Gegner gilt er als Querkopf, Lamentierer und hartnäckiger Nachfrager. Runge will sich nun im neuen Amt - das er 2003 vergeblich angestrebt hatte - „bemühen, weniger ruppig zu sein“, aber an seiner akribischen Arbeitsweise festhalten. Wie er ist, zeigt sich auch daran, dass er es bisher abgelehnt hat, sich eines „dieser umweltschädlichen und gesprächsfeindlichen Dinger“ anzuschaffen. Wenn es denn nicht anders gehe, werde er sich ein Handy zulegen. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Thurner
83119 Obing
am 2.3.

Bürgermeister Johann Daferner
84543 Winhöring
am 4.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Glogger
86483 Balzhausen
am 7.3.

Bürgermeister
Reinhard Hallhuber
97717 Euerdorf
am 23.2.

Bürgermeister Gerhard Olexiuk
88179 Oberreute
am 24.2.

Bürgermeisterin Ingrid Pongratz
83714 Miesbach
am 25.2.

Landrat Johann Fleschhut
87616 Marktoberdorf
am 25.2.

Bürgermeister Franz-Xaver Sanftl
83544 Albaching
am 28.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Luise Hausberger
84171 Baierbach
am 1.3.

Bürgermeister Peter Baumeister
86424 Dinkelscherben
am 3.3.

Bürgermeister Thomas Einwang
84428 Buchbach
am 5.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Frank Stumpf
95119 Naila
am 1.3.

Bürgermeister Knut Morgenroth
96274 Schneckenlohe
am 5.3.

Bürgermeister Jürgen Sommer
93093 Donaustauf
am 6.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Joachim Wolbergs
93047 Regensburg
am 2.3.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Zukunftsprojekt Energiespeicher Riedl:

Erheblicher Nutzen für die Region

GZ-Gespräch mit RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist für das Erreichen der ambitionierten Klimaziele in den EU-Ländern unabdingbar. Speziell Sonne und Wind stehen aber nicht immer in erforderlichem Ausmaß zur Verfügung, wenn sie für die Stromproduktion benötigt werden. Den nötigen Ausgleich schaffen unter anderem Pumpspeicherkraftwerke. Sie können überschüssige Energie in Form von Wasser effizient und umweltfreundlich speichern und im Bedarfsfall rasch ins Stromnetz einspeisen.

Mit der Ergänzung des bestehenden Donaukraftwerks Jochenstein durch den Energiespeicher Riedl im Grenzgebiet zwischen Bayern und Oberösterreich will die Donaukraftwerk Jochenstein AG ihren Beitrag zur CO2-Reduktion und zu einer nachhaltigen Energiezukunft leisten. Eigentümer der Gesellschaft sind zu jeweils 50 Prozent der Verbund, Österreichs größter Stromkonzern, sowie auf deutscher Seite die Rhein-Main-Donau AG. Über das geplante Projekt sprach die Bayerische GemeindeZeitung mit dem Vorstand der RMD AG, Dr. Albrecht Schleich.

Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG im Gespräch mit Anne-Marie von Hassel (l.) und Doris Kirchner. ❐

Das moderne Pumpspeicherkraftwerk mit einer Gesamtleistung von 300 Megawatt ist Schleich zufolge im Untergriesbacher Ortsteil Gottsdorf-Riedl im Landkreis Passau geplant. Zwei in einer unterirdischen Kraftwerkskaverne befindliche Maschinensätze mit je 150 Megawatt Leistung sollen in Zukunft zu Zeiten eines Stromüberangebotes z. B. durch Sonne und Wind Wasser aus der Donau in einen in die Landschaft einzufügenden Speichersee oberhalb des bestehenden Donaukraftwerks Jochenstein pumpen und daraus bei erhöhter Stromnachfrage elektrische Energie gewinnen.

Der Standort Riedl biete sich in ganz besonderem Maße für einen Energiespeicher an, betonte der RMD-Vorstand. Die vorhandene Infrastruktur im Kraftwerk Jochenstein mit dem großen Donau-Stauraum des schon in Österreich liegenden Kraftwerks Aschach als „Unterbecken“, die passende Geländemulde für das obere Wasserbecken, kurze Entfernungen sowie bereits vorhandene Transportwege auf der Straße und der Donau ermöglichten die Errichtung und den Betrieb eines effizienten Pumpspeicherkraftwerks.

Mit Ausnahme des oberen Speichersees wird das Pumpspeicherkraftwerk unterirdisch gebaut. Damit werde sichergestellt, dass es für die lokale Bevölkerung zu keiner Lärm- und Geräuschentwicklung während des Pump-/Turbinenbetriebs kommt. Während der gesamten, etwa viereinhalb Jahre dauernden Projektbauzeit setze der Projektträger schonende Bauweisen, strenge Sicherheitskontrollen und umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen ein, um die ökologische Güte des sensiblen Gebietes zu wahren. Ein Bündel an ökologischen Maßnahmen wie die Errichtung von Biotopen und Grünanlagen sowie Rad- und Fußwegen rund um den Speichersee sollen der Bevölkerung ein neues Naherholungsgebiet bieten. Zusätzlich ist im Bereich Jochenstein eine fast vier Kilometer lange Fischwanderhilfe vorgesehen, die neuen, hochwertigen Lebensraum für alle Wasserlebewesen und Laichplätze für Fische schafft. Mit der geplanten Anlage werden die Forderungen der Wasserrahmenrichtlinie erfüllt.

Das Investitionsvolumen von rund 350 Mio. Euro (Planungsstand: 2009) wird zur Stärkung der regionalen Wirtschaft beitragen, zeigte sich Schleich überzeugt. Vergleichbare Projekte in der Vergangenheit hätten gezeigt, dass rund 30 % der Wertschöpfung in der Region verbleiben. Laut Studien der Universitäten Linz und Passau sowie des Münchner ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, die die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Projekts untersuchten, bewirkt dies „eine erhebliche und dauerhafte Stärkung der Wirtschaftskraft besonders für Niederbayern und den Raum Passau“, aber auch für Oberösterreich. Modellrechnungen und Analysen zeigen, dass mit einer markanten Zunahme der Produktion, der Bruttowertschöpfung und der Staatseinnahmen gerechnet werden kann. Untersucht wurden die Folgen sowohl für den Planungszeitraum und die Errichtungsphase als auch für die Zeit nach der Inbetriebnahme der Anlage.

Positiver Effekt

Ein weiterer wesentlicher positiver Effekt ist nach Auffassung der Autoren der Studien die Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten. Für Niederbayern könnten sich bis 2018 rund 1.200 zusätzliche Beschäftigungsjahre ergeben, die zu einer Entlastung des regionalen Arbeitsmarktes beitragen würden. Auch ist man davon überzeugt, dass der Energiespeicher Riedl einen positiven Beitrag zur Einkommensentwicklung leisten und die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze insbesondere in der Bauwirtschaft, dem verarbeitenden Gewerbe und abgeschwächt im Dienstleistungsbereich unterstützen wird.

Schließlich sehen das ifo Institut und die Universität Passau durchaus auch eine Bedeutung des Projekts im touristischen Bereich. Der Energiespeicher könne eine Attraktion für die Region bedeuten, Besichtigungen und Führungen durch die Anlage würden für die Region positive wirtschaftliche Impulse vermitteln. Solche Angebote bereicherten den Techniktourismus in besonderem Maße. In diesem Zusammenhang könnte sich RMD-Vorstand Schleich vorstellen, die unmittelbar beim Kraftwerk Jochenstein bestehende Umweltbildungsstation des Landkreises Passau, das „Haus am Strom“, „mit den Leuten vor Ort“ inhaltlich auszubauen.

In einer gemeinsamen Sitzung haben der Verkehrs- und Umweltausschuss des Landkreises Passau Ende Januar mit großer Mehrheit beschlossen, dem Kreistag eine positive Stellungnahme für das zur Zeit laufende Raumordnungsverfahren zum Energiespeicher Riedl zu empfehlen. Die endgültige Abstimmung des Kreistages findet am 28. Februar statt.

Nach der Fertigstellung technischer Planungen und ökologischer Gutachten soll nach Schleichs Angaben Mitte 2011 das Planfeststellungsverfahren bei der zuständigen Behörde, dem Landratsamt Passau, gestartet werden. Für den Fall einer Genehmigung sind der Baubeginn für 2014 und die Inbetriebnahme für 2018 geplant.

Im Rahmen eines „Bürgerforums“ sollen die Anwohner aus erster Hand regelmäßig über den Stand der Untersuchungen informiert werden, denn Schleich zufolge „ist nur ein partnerschaftlicher Dialog mit Bürgern und Gemeinden die Basis für eine erfolgreiche Projektumsetzung“. **DK**

Fakten zur Rhein-Main-Donau AG

Im Jahre 1921 wurde durch Staatsvertrag zwischen dem damaligen Deutschen Reich und dem Freistaat Bayern die Rhein-Main-Donau AG (RMD) gegründet und unter anderem mit dem Bau der Schifffahrtsstraße von Aschaffenburg bis Passau beauftragt. Das Projekt wurde mit der Einweihung des Main-Donau-Kanals 1992 weitgehend zum Abschluss gebracht.

Zur Finanzierung dieser Aufgaben im Wasserstraßenbereich („Konzessionsbaulast“) wurde der Gesellschaft das Recht zur Nutzung der Wasserkraft von Main, Donau, Lech, Altmühl und Regnitz eingeräumt („Konzessionsrecht“). Dies ist heute das privatwirtschaftliche Kerngeschäft der RMD AG.

Die heute noch verbliebenen Aufgaben der RMD beim Donauausbau und im Hochwasserschutz führt diese im Auftrag und auf Kosten der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Bayern aus.

Gesellschafter sind heute die E.ON Energie AG mit 77,5 %, LEW mit 14 % und EnBW mit 8,5 %. Bis zur Privatisierung der RMD AG zum 1. Januar 1995 hielten die Bundesrepublik Deutschland (2/3) und das Land Bayern (1/3) die Anteile der Gesellschaft.

Die RMD-Gruppe umfasst neben dem Wasserkraft-Stromerzeuger RMD AG die für die öffentliche Aufgabe des Wasserstraßenbaus zuständige RMD Wasserstraßen GmbH sowie eine Reihe von Kraftwerks-Eigentumsgesellschaften ohne eigene Verwaltung. Der Kraftwerkspark der RMD-Gruppe umfasst ein Pumpspeicherwerk in Langenprozelten (Landkreis Main-Spessart) sowie 59 Laufwasserkraftwerke am Main, an der Donau, dem Unteren Lech sowie an Regnitz und Altmühl. Die installierte Leistung beträgt insgesamt rund 700 Megawatt. Pro Jahr werden damit rund 3,5 Milliarden Kilowattstunden klimaneutraler, CO2-freier Strom erzeugt.

Mit der Betriebsführung ihrer Kraftwerke hat die RMD AG die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH und die E.ON Wasserkraft GmbH beauftragt. **DK**

GZ Kolumne Heinrich Lenz

Liebe Leserinnen und Leser!

„Das Land hat Zukunft“ war der Titel des im Jahre 1990 von Alois Glück und Holger Magel herausgegebenen Buches, das sich schwerpunktmäßig mit „neuen Perspektiven für die ländlichen Räume“ auseinandersetzt. Schon im Vorwort ist zu lesen: „Die Faszination der Stadt für die Landbevölkerung und die Minderwertigkeitsgefühle vieler Landbewohner gegenüber den Städtern sind einem neuen Selbstbewusstsein gewichen. Der ländliche Raum hat so gute Zukunftschancen wie noch nie in seiner Geschichte.“

Auch damals haben sich mit den Herausgebern 20 kluge Köpfe des Landes als Ideen- und Impulsgeber zusammengeschlossen, um reale Entwicklungsmöglichkeiten für Stadt und Land aufgezeigt. Dieses Buch ist wieder hochaktuell und lesenswert geworden, vielleicht auch deshalb, weil Alois Glück jetzt auch dem Zukunftsrat angehört und Holger Magel erst kürzlich zu Recht für seine besonderen Verdienste um die Stärkung des ländlichen Raumes vom Landkreistag ausgezeichnet wurde.

Das Land hat Zukunft

Die Publikation enthält viele interessante, zeitlose Aussagen und Feststellungen, die mit den Ergebnissen des Zukunftsrates auch bei großzügiger Betrachtung nicht vereinbar sind. „Die Stadt verliert, das Dorf gewinnt“ und „Das Schielen nur auf große Einheiten, das war doch vielleicht nur ein Schielen auf schnelle Erfolge, auf Wahlergebnisse, auf schnelles Verstreuen von Geld, auf große Etats, auf Großeinsätze von Maschinen und Bürokratien“ sind Zitate, die dem Bericht des Zukunftsrates diametral entgegenstehen.

Auf über 200 Seiten wird ferner das rigide durchgesetzte, zentralörtliche Gliederungsprinzip der Raumordnung und Landesplanung angeprangert und es ist die Rede von Dezentralisierung und regionaler Selbstverwirklichung. Die Vorhaltung notwendiger Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen auf dem flachen Land ist auch dann gerechtfertigt, wenn deren Auslastung nach rein ökonomischen Gesichtspunkten nicht mehr gegeben ist.

Der ländliche Raum darf nicht länger als Komplementärgröße zu den Verdichtungsräumen betrachtet werden. Die Starken stärken kann nicht Ziel staatlicher Regionalpolitik sein. Mit dieser Philosophie, die wir immer hochgehalten und mitgetragen haben, erzielten wir eine Spitzenposition in Deutschland. Hier stand eindeutig der Mensch und nicht die Rendite im Mittelpunkt des Geschehens.

Der Zukunftsrat der Bayerischen Staatsregierung führt hingegen unter dem Titel „Metropolregionen und ländlicher Raum“ aus, dass ein Weitermachen wie bisher für die Zukunft keine Option sein kann. Potente Städte in der Fläche Bayerns sollen zu überregionalen Leistungszentren ausgebaut werden - Bayern wird München, München sozusagen das Vorbild für alle! Konzentration und zumutbare Erreichbarkeit (Toleranzgrenze 60 Minuten) gewährleisten eine optimale Entwicklung Bayerns. Der Mitteleinsatz muss gezielt erfolgen, Gießkannenförderung ist abzulehnen. Regionen ohne starke Anbindung an Leistungszentren kompensieren die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit durch ein Mehr an Lebensqualität und ökologischer Nachhaltigkeit und helfen so, Bayern ausgeglichen zu gestalten.

Sie haben auch die Möglichkeit, eine landesübergreifende Betrachtung anzustellen. Hier wird der Freistaat Bayern aus dem Blickwinkel eines Kaufmanns, aus der modernen Unternehmensführung betrachtet, hier dominiert die Durchkommerzialisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens und hier werden nicht nur die Einwohner der Stadt Passau, sondern auch ganze Regionen brüskiert. So ändern sich die Zeiten!

Wenn das der richtige Weg in die Zukunft sein soll, muss bei uns bisher einiges schief gelaufen sein, muss neu über die Inhalte öffentlicher Daseinsvorsorge, über die kommunale Förderung und den „veredelten Einwohner“ im Finanzausgleich nachgedacht werden. Man kann ja das wenige Geld, das noch zur Verfügung steht, nur einmal ausgeben. Die demographische Entwicklung und Überalterung der Bevölkerung können für diesen Paradigmenwechsel nicht ursächlich sein, sie beschäftigen uns schon seit Anfang der 70er Jahre und sind kaum beeinflussbar.

Dort wo man uns aber schon längst hätte helfen können, ist bisher nur wenig geschehen: beim Ausbau der Telematik bzw. DSL-Verbindung. Das war schon vor 20 Jahren ein Megathema. Heute haben wir nach mittlerweile sechs Jahren Breitbandinitiative immer noch nicht mehr vorzuweisen, als eine gut überschaubare Anzahl von Förderbescheiden und Umsetzungen.

Es bleibt daher einmal mehr dem Betrachter überlassen, wie er diese völlig konträren Standpunkte und Entwicklungsmöglichkeiten einzuschätzen hat. Dem ländlichen Raum ist mit der Studie des Zukunftsrates mit Sicherheit nicht gedient. Wie heißt es doch so treffend: Prognosen sind äußerst schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Heinrich Lenz

Schluss mit...

(Fortsetzung von Seite 1)
„Eine Hängepartie auf dem Rücken der rund sieben Millionen Leistungsempfänger und der rund 2,5 Millionen Kinder, die auf die Teilhabepakete warten, ist nicht länger hinzunehmen. Tagelange Debatten führen nicht weiter. Die von der Regierung geplante Erhöhung des Regelsatzes von fünf Euro ist nachvollziehbar und akzeptabel. Darüber hinaus gehende Forderungen der Opposition sind unrealistisch und würden dazu führen, dass sich die Zahl der Leistungsempfänger weiter erhöht. Auch der Lohnabstand zu den arbeitenden Menschen würde immer geringer“, erklärte Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl.

Die Kommunen seien bereit, das sog. Bildungspaket für die ca. 2,5 Millionen Kinder umzusetzen. Sie seien dafür besser geeignet als die Jobcenter, deren Hauptaufgabe darin bestehe, Erwerbslose in Arbeit zu bringen. Die Kommunen arbeiteten seit Jahren eng mit den Vereinen zusammen und seien auch Träger der Schulen. „Wir erwarten allerdings faire Bedingungen. Das bedeutet, dass sowohl die Leistungen als auch die Verwaltungskosten - gegebenenfalls pauschal – voll vom Bund erstattet werden müssen“, meinte Brandl. Der Bayerische Gemeindetag unterstützt nachhaltig den Gesetzesvorschlag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der verfassungsrechtlich abgesichert ist und die Kostentragung des Bundes regelt.

Grundsicherung

„Wir begrüßen ausdrücklich den jüngsten Vorschlag der Finanzpolitiker der CDU/CSU Bundestagsfraktion, wonach der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter in Höhe von jährlich 3,9 Mrd. Euro übernehmen soll. Das ist das richtige Mittel gegen die dramatische Finanzlage der Städte und Gemeinden. Wir brauchen endlich Luft zum Atmen, damit wir mehr investieren können und unsere Kommunen bürgerfreundlich gestalten. Dieser Ansatz muss jetzt umgesetzt und sollte von der Opposition nicht durch immer weitere andere Forderungen behindert werden“, bemerkte der Präsident und ergänzte: „Eine Verrechnung der Kosten der Grundsicherung im Alter mit den Kosten des Bildungspaketes lehnen wir aber kategorisch ab.“ Beide Aufgaben hätten nichts miteinander zu tun „und außerdem haben wir mit solchen Verrechnungen schlechte Erfahrungen gemacht“.

Der Bayerische Landkreistag wiederum wies darauf hin, dass Bund und Freistaat die bayerischen Landkreise immer stärker mit Sozialhilfekosten für Jugendliche, Menschen mit Behinderung und alte Menschen belasteten. Andere wichtige Leistungen wie die Instandhaltung des durch den harten Winter stärker geschädigten Straßennetzes könnten kaum noch bewältigt werden.

Wie Verbandspräsident Dr. Jakob Kreidl hervorhob, müssten Bayerns Kommunen und Landkreise immer höhere Mittel für Sozialleistungen bereitstellen – inzwischen fehlten dringend benötigte Gelder für andere Aufgaben. So seien im Jahr 2011 für Bau, Unterhalt sowie die Instandhaltung des bayerischen Straßennetzes annähernd 2 Milliarden Euro vorgesehen; schon jetzt sei absehbar, dass 50 bis 60 Millionen Euro fehlen, die die Kreise aufbringen müssen. Und der Bund überweise für den Straßenbau immer weniger Mittel an die bayerischen Landkreise. Waren es 2010 noch insgesamt 155 Millionen Euro aus Steuermitteln, werden es nach Kreidls Angaben 2011 nur noch 150 Millionen Euro sein. Die Finanzlücke von bis zu 60 Millionen Euro werde im kommenden Jahr die Instandhaltung des 18.368 Kilometer langen Netzes der Kreisstraßen erheblich erschweren.

Straßenbau

„Die kommunale Infrastruktur muss erhalten werden. Die Rückführung der Investitionsmöglichkeiten im Bereich des kommunalen Straßenbaus wäre äußerst problematisch. Sie führt in Zeiten erhöhter Verkehrsbelastungen, stärkerer Fahrzeugzulassung und ständig steigender Kosten zu einer erheblichen Vernachlässigung des Straßenbaus und damit der Pflege von öffentlichem Eigentum im zweistelligen Milliarden-Euro-Bereich“, führte Kreidl aus. Auch müsse anerkannt werden, dass gerade in vielen ländlichen Gebieten das Straßennetz die einzige Erschließung darstellt, dass sich der Individual- und Massenverkehr, Personen- und Güterverkehr ausschließlich auf der Straße abspielt und die Zunahme des Verkehrs zu einer höheren Belastung der Fahrbahnen führt. Die gesellschaftspolitische Bedeutung des kommunalen Straßennetzes für den ländlichen Raum erfordere eine bessere Ausstattung der Kommunen, um gerade Neuinvestitionen für die Zukunft tätigen zu können.

Was die Ausgaben der Kommunen in Bayern für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung anbelangt, so sind diese nach Angaben des Bayerischen Landkreistags von 210,3 Mio. Euro in 2003 auf nunmehr 472,4 Mio. Euro in 2009 angestiegen. In nur sieben Jahren entspreche dies einem Anstieg von 262,1 Mio. Euro oder plus 124,6 Prozent. Diese Zahlen zeigten, „dass die Kommunen langsam die Ersatzrentenversicherungsträger der Bundesrepublik werden“. Maßgeblich für diese Entwicklung sei, dass der Bund ab 2003 den Rückgriff auf die Kinder der Betroffenen auf ein bereinigtes Nettoeinkommen von mehr als 100.000 Euro beschränkt und damit den ursprünglichen Nachrang der Sozialhilfe durchbrochen habe.

Sozialausgaben

Die Sozialausgaben aller bayerischen Kommunen haben sich in den zurückliegenden zehn Jahren von 3,4 Mrd. Euro in 2000 auf 5,4 Mrd. Euro in 2009 um 51 Prozent (plus 1,8 Mrd. Euro) erhöht. Die Jugendhilfe ist von 886 Mio. Euro in 2000 auf nunmehr 1.342 Mio. Euro in 2009 um 51 Prozent (plus 455,6 Mio. Euro) angestiegen. Die Sozial- und Jugendhilfe hat sich aus dem Kreis der kommunalen Ausgaben heraus entwickelt. „Gerade ergänzende und präventive Hilfegewährung wird zum Regelfall. Daraus erwächst eine gesamtgesellschaftspolitische Verantwortung für diese Aufgaben, da der ursprüngliche Fürsorgegedanke der Sozialhilfe bei Weitem überschritten ist“, so Präsident Kreidl.

Er erinnerte daran, dass die Kommunen in Bayern seit der Wiedervereinigung ihre Schulden von rund 12 Mrd. Euro auf 20 Mrd. Euro angehäuft haben. Rückläufige Steuereinnahmen und ständig steigende Sozialausgaben könnten nicht weiter durch höhere Schulden aufgefangen werden. Steuereinnahmen, Sozialausgaben und Investitionen in die kommunale Infrastruktur sowie der Zuwachs an Verschuldung müssten auch im Haushaltsjahr 2011 sowie im Finanzplanungszeitraum 2012 bis 2014 in einem vernünftigen Verhältnis zu einander stehen.

Die Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung und der Deutsche Bundestag müssten endlich die Rückführung der Standards und eine Beteiligung des Bundes an den Sozialausgaben der Kommunen beschließen. **DK**

KPV Bayern:

Kommunen von Grundsicherung entlasten

Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CSU begrüßt, dass auf Vorschlag der CSU im Rahmen der laufenden Hartz IV-Verhandlungen eine Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund beraten wird.

KPV-Vorsitzender Stefan Rößle: „Wir begrüßen es außerordentlich, dass die CSU die Entlastung der Kommunen von den Kosten der Grundsicherung in die Hartz IV-Verhandlungen eingebracht hat. Das ist ein echter Meilenstein, um die Kommunalfinanzen dauerhaft auf eine solidere Grundlage zu stellen. Die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund würde die Kommunen jährlich um rund vier Milliarden Euro entlasten und damit der gesamten kommunalen Familie eine gute Zukunftsperspektive eröffnen. Die Grundsicherung im Alter gehört ordnungspolitisch zum Bund und nicht zu den Kommunen. Mit dieser Neuordnung würde ein Geburtsfehler der Grundsicherung durch die damalige rot-grüne Bundesregierung geheilt, die die Kosten systemwidrig den Kommunen auferlegt hatte. Es wäre im Sinne der Kommunen geboten, dass sich die anderen Parteien dem Vorschlag der CSU anschließen.“ **DK**

Wehrhafte Demokratie

Das Innenministerium hat jüngst die Neuauflage seiner Faltblattreihe über verfassungsfeindliche Bestrebungen veröffentlicht. Innenminister Joachim Herrmann: „Freiheit und Demokratie sind die Grundlagen unserer Gesellschaft. Es gibt zahlreiche Bestrebungen, insbesondere von Extremisten jedweder Couleur und Richtung, sie zu zerstören und zu beseitigen. Nur wer die Feinde unserer Demokratie kennt, kann sich vor ihnen schützen und sie bekämpfen. Ausreichendes Wissen ist daher bester Schutz und Voraussetzung einer wehrhaften Demokratie. Unsere Informationsbroschüren leisten hier einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung.“

Information

Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden ist es, extremistische Bestrebungen zu beobachten und die Öffentlichkeit zu informieren. Hierzu dient die jüngste Neuauflage der Faltblätter aus der Reihe „Demokratie in Gefahr“. Behandelt werden die Themen Islamismus, islamistischer Terrorismus, Ausländerextremismus, Rechtsextremismus, Rechtsextremismus und Jugend, Linksextremismus, Autonome, Scientology-Organisation, Spionageabwehr und Organisierte Kriminalität. Mit den Broschüren informiert das Innenministerium über die jeweiligen Bestrebungen.

Die Broschüren können beim Innenministerium bestellt werden und stehen zum Download bereit unter der URL: www.stmi.bayern.de/ ❐

Datenschutz zeitnah neu...

(Fortsetzung von Seite 1)
Systeme, das IT-Grundrecht, nicht gesichert sei. Auf die Gesetzgeber in Bund und Ländern „kommt die Aufgabe zu, Regelungen zu schaffen, welche die Bürgerinnen und Bürger vor einer elektronischen Ausforschung schützen“. Die in Bayern erkennbare Zentralisierung bestimmter IT-Aufgaben stoße auf rechtliche Bedenken.

Fragwürdigkeit

Die Fragwürdigkeit bis hin zu Rechtswidrigkeit der Praxis bei Staat und Kommunen wird in den 224 Seiten des Tätigkeitsberichtes an einer Fülle von Beispielen aufgezeigt. Die Videoüberwachung in und an öffentlichen Gebäuden und auf Plätzen stellte demnach einen erheblichen Teil der Kontrolltätigkeit dar. Es ergaben sich Unsicherheiten im Umgang mit den gesetzlichen Vorschriften. Positiv erwähnt wird das Engagement von Datenschutzbeauftragten einiger Städte, die in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten und einem Vertreter des Innenministeriums an Hand eines Kataloges von Beispielen Hilfestellungen erarbeitet haben. Nach dem geltenden Datenschutzgesetz ist diese Videoüberwachung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder in Ausübung des Hausrechts erforderlich - sofern keine „überwiegenden schutzwürdigen Interessen der Betroffenen beeinträchtigt werden“. Unzulässig sei Videoüberwachung, wenn weniger einschneidende Maßnahmen zum gleichen Ziel führen. Petri gab zu, das richtig zu beurteilen, sei eine schwierige Aufgabe.

Nicht immer korrekt gehandhabt werde auch die Information der Presse. Zum Beispiel hatte eine Gemeinde im Streit um die Flurbereinigung eine Protestunterschriftenliste veröffentlicht. Das sei unzulässig gewesen. Gegebenenfalls müssten Mitteilungen über Gemeinderatssitzungen durch Kürzen oder Schwärzen bestimmter Passagen und Namen so geändert werden, dass keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Betroffene müssten zur Gewährleistung der Transparenz der gemeindlichen Verwaltungstätigkeit zwar grundsätzlich hinnehmen, dass ihre Einwendungen in öffentlicher Gemeinderatssitzung behandelt werden und gegebenenfalls auch Namen und Anschriften genannt werden. „Berechtigte Ansprüche“ könnten jedoch auch eine Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung erforderlich machen.

Innenminister Joachim Herrmann sieht die bayerische Datenschutzpolitik trotz gewisser Differenzen grundsätzlich bestätigt. Abgesehen von Meinungsverschiedenheiten in Fragen wie der Vorratsdatenspeicherung von Verbindungsdaten der Telekommunikation zeige der Tätigkeitsbericht weit reichende Übereinstimmungen mit der Datenschutzpolitik der Staatsregierung. Das gelte vor allem im Beschäftigtendatenschutz. Bei der Schutztechnik komme Staat und Kommunen eine Vorbildrolle zu, die es zu stärken gelte. Der Minister betonte auch die Notwendigkeit eines effektiven Datenschutzes im Internet.

Systematische Umgehung

In der Wertung des Datenschutzexperten der SPD-Landtagsfraktion, Florian Ritter, wird kritisiert, dass bayerische Behörden systematisch das Telemediengesetz umgehen. Der Innenminister habe aus den Urteilen und aus der öffentlichen Diskussion über die Bedeutung des Datenschutzes nichts gelernt. So fordere er nach wie vor die vom Bundesverfassungsgericht einkassierte Vorratsdatenspeicherung.

Aus Sicht der Grünen-Sprecherin für den Datenschutz, Christine Kamm, ignoriert die Staatsregierung das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht sowie die „unersättliche Sammelwut“ des Freistaats. Wie Petri beurteilten die Grünen zentrale Verbunddatenbänke sehr kritisch. Sensible Bürgerdaten wie für Schüler und Arbeitnehmer seien missbrauchsanfällig. Außerdem müsse das Datenschutzrecht für das Internet gemacht werden. **rm**

In Freiheit und...

(Fortsetzung von Seite 1)
dernisierung, heißt es in dem Expertenpapier. Damit einher gehe eine effizienzsteigernde Geschäftsprozessoptimierung. Der Interneteinsatz führe zur Flexibilisierung der Kontakte zwischen Bürgern und Behörden, Beschleunigung der Verwaltungsvorgänge, Zeitersparnis und Ressourcenschonung.

Für Unternehmen bedeute die optimierte Aufstellung der deutschen Verwaltung einen Standortvorteil, weil zum Beispiel Genehmigungen schneller erteilt werden und die Servicequalität steigt. Insgesamt könne die Verwaltung bürgerfreundlicher agieren, weil sie neue Zugänge für Verwaltungsdienstleistungen schafft, Verwaltungsverfahren einfacher und verständlicher gestalten kann und dem Bürger „auf Augenhöhe“ gegenüber tritt. Neue Technologien zur Authentifizierung und rechtsverbindlichen Kommunikation sollen für eine sichere und vertrauenswürdige Abwicklung elektronischer Prozesse sorgen.

Die skizzierten Vorteile eines umfassenden IT- und Interneteinsatzes in der staatlichen Verwaltung würden unterdessen durch rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen relativiert, heißt es weiter. So sei die Verwaltung mittelfristig gezwungen, konventionelle Kommunikation neben elektronische Kommunikation zu stellen („blended government“) - jedenfalls solange, bis die neuen Kommunikationsformen über flächendeckende Internetzugänge für jedermann erreichbar und in der Handhabung zumutbar sind. „Hierfür bedarf es sowohl einer konsequenten Breitbandversorgung (besonders in ländlichen Gegenden) als auch der Vermittlung der notwendigen Medienkompetenz. Auch zukünftig wird die persönliche Betreuung durch Verwaltungsmitarbeiter eine wichtige Rolle bei der Aufgabenerledigung spielen, zumal diese dank höherer Verwaltungseffizienz mehr Zeit für den Bürger haben sollten.“

Zu berücksichtigen ist nach Ansicht des Netzrates auch, „dass Innovationen gegenüber retardierenden Kräften nur dann durchsetzbar sind, wenn ein Mindestmaß an Akzeptanz bei den Betroffenen erzeugt wird“. Den Bürgern, aber auch den Verwaltungsmitarbeitern soll vermittelt werden, welche Vorteile der IT- und Interneteinsatz auch in ihrem Umfeld hat. Deren Sorgen seien ernst zu nehmen und, soweit möglich, zu zerstreuen. Dies gelinge am ehesten, „wenn Prozesse des E-Government einen unmittelbaren, hohen Nutzen für die Anwender haben, wenn sie anwenderfreundlich und sicher gestaltet werden und Hilfe bei der Umstellung auf neue Systeme angeboten wird“. Verbleibende artikulierte Sorgen der Anwender könnten unter Umständen aber auch Anlass geben, Gefahren oder Risiken neu einzustufen.

IT-Einsatz ist Vertrauenssache. Die Unmerklichkeit und (buchstäbliche) Unbegreiflichkeit elektronischer Prozesse rücke die Vertrauensbildung in das Zentrum jeder technikgetriebenen Innovationsbemühung, stellen die Experten fest. Der Staat habe in Bezug auf IT-Einsatz und Internetnutzung unterdessen viel Vertrauen verloren, nicht zuletzt aufgrund gescheiterter IT-Projekte, Datenpannen und verfassungswidriger Gesetze (Online-Durchsuchung, Vorratsdatenspeicherung, Computerwahlen usw.). Neben den Herausforderungen einer fundamentalen, wegweisenden und visionären Verwaltungsreform müsse der Staat zugleich Begleitmaßnahmen treffen, über die er Vertrauen zurück gewinnen und die Legitimität seiner Reformpolitik steigern kann.

Eine besondere Chance, die Verwaltungsmodernisierung mit Hilfe elektronischer Medien voranzutreiben und Vertrauen beim Bürger zurück zu gewinnen, biete das Konzept Open Government/Open Data, wonach sich die Verwaltung gegenüber dem Bürger mehr und mehr öffnet und solche Informationen zum internetbasierten Abruf über web 2.0-Technologien (Portale, social web) bereithält, die für den Bürger (aber auch Unternehmen) nützlich sind. Ein solches Konzept werde derzeit weltweit diskutiert und komme teilweise bereits - etwa in den USA - zur Anwendung. Es diene als Ausprägung des Transparenzprinzips der Verstärkung der Demokratie, helfe, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und habe akzeptanzstiftende Wirkung beim Bürger. Open Government sei Erfolg versprechend.

„Verwaltungsinformationen sollen strukturiert online verfügbar gemacht werden. Wichtig ist auch, dass die relevanten Informationen durch den Urheber hinreichend erklärt werden. Scheintransparenz muss vermieden werden“, heißt es in dem Papier. Schutzwürdige personenbezogene Daten und geheimhaltungsbedürftige Sachdaten seien ausgenommen. Die hierdurch auf lange Sicht erreichbare effiziente Bürgerbeteiligung am Verwaltungsgeschehen unterstütze den Gedanken der Verwaltungsmodernisierung durch E-Government (E-Partizipation). „Der virtuelle Raum verbindet Amtsstube und Wohnzimmer und vermag die oft als obrigkeitlich empfundene Distanz der Behörden zu den Bürgern ein Stück weit aufzuheben.“

Umgekehrt stärke das Internet den Gedanken des Ehrenamtes; der Bürger avanciert zur Ressource. Dadurch entsteht repräsentative Demokratie mit dem Ohr am Puls der Zeit.“ Ein willkommener Nebeneffekt sei die Wertschöpfung durch „Veredelung der Rohdaten“, wenn diese nämlich in neue Geschäftsmodelle, Produkte und Dienstleistungen einfließen.

Der CSU-Netzrat ist der Überzeugung, dass die Politik sich in verstärktem Maße darüber bewusst werden muss, „dass die Gesellschaft erst am Anfang der digitalen Revolution steht“. Was heute das Web 2.0 ist, werde in nicht allzu ferner Zukunft in eine umfassende Digitalisierung und Vernetzung des Alltags münden. Dieses innovative Zukunftsmodell sei mit enormen Potentialen verbunden, nicht nur um die Lebensqualität des Einzelnen zu erhöhen, sondern auch für das Gemeinwesen insgesamt. Unter den Stichworten „Smart Grid“ (intelligente Energienetze) und „Smart Metering“ (digitale Stromzähler) zeichneten sich zum Beispiel außerordentliche Möglichkeiten für eine effiziente Energienutzung ab. **DK**

Gut aufgehoben:

Stadt Stadtbergen 100. Doppik-Kunde der AKDB

Seit dem 1. Januar 2011 wird in Stadtbergen doppisch gebucht. Der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth erklärte bei einer Feierstunde im Rathaus der schwäbischen Stadt: „Stadtbergen ist der 100. Doppik-Kunde der AKDB und gleichzeitig auch einer der engagiertesten. Die AKDB ist froh, solche Kommunen zu ihren Partnern auf Augenhöhe zählen zu dürfen.“ Der Kämmerer Holger Klug und sein motiviertes Team hatten sich schon früh mit dem Thema Doppik auseinandergesetzt und in der Folge viel bewegen können. Beim AKDB-Verbundprojekt zur Vermögenserfassung und -bewertung war Klug eine der treibenden Kräfte in der Region Augsburg.
Die Verantwortlichen fanden lobende Worte für die AKDB: Die Vertragsverhandlungen mit dem Vertrieb der Geschäftsstelle, die Vorbereitungen mit der VMB, die professionelle Umsetzung – stets fühlte man sich gut aufgehoben. Deshalb beantwortete Bürgermeister Ludwig Fink bei der Entgegennahme der Ehrung seine Frage: „Warum gerade die AKDB?“ gleich selbst: „Weil sie das beste Doppik-Paket für bayerische Kommunen hat.“
Unser Bild zeigt (von links): Stadtrat Paul Reisbacher, AKDB-Geschäftsstellenleiter Wolfgang Inning, Bürgermeister Dr. Ludwig Fink, AKDB-Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth, zweiter Bürgermeister Paulus Metz, Kämmerer Holger Klug und AKDB-Vertriebsberater Joachim Konrad. ❐

Workshop in Würzburg:

„Praktisches Projektmanagement“

Der Arbeitskreis AKOGIS und das Labor für Geoinformationssysteme der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt veranstalten an der Hochschule für angewandte Wissenschaften der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt am 7. und 8. April 2011 einen Workshop zum Thema „Praktisches Projektmanagement“. Dabei handelt es sich um einen Workshop für alle, die wenig oder keine Erfahrung in der Projektplanung und -steuerung haben und künftig in einem Projekt mitarbeiten oder ein Projekt leiten sollen.

Immer dann, wenn einer Aufgabe eine komplexe Problemstellung zugrunde liegt, wird sie als Projekt betrachtet. Die Komplexität kann sich aus der Vielschichtigkeit der Fragestellung, der hohen Anzahl an voneinander abhängigen Teillösungen, den besonderen organisatorischen Rahmenbedingungen ergeben. Weitere Kennzeichen von Projekten sind in der Regel zeitliche, personelle und finanzielle Beschränkungen und die Neuartigkeit der Aufgabenstellung.

Beispiele für Projektvorhaben

Beispielsweise wird die Einführung eines Geographischen Informationssystems häufig als Projekt umgesetzt. Andere Beispiele für Projektvorhaben sind größere Bauvorhaben, Organisationsprojekte, Sanierungsprojekte oder Produktentwicklungen.

Wesentlich für den Erfolg eines Projektes ist ein erfolgreiches Projektmanagement. Der projektverantwortliche Leiter eines Projektes sollte zum Beispiel die Strukturierungsanforderungen, die Projektpläne, Organisationsvarianten sowie Managementmethoden und -techniken kennen und beherrschen.

Praktische Arbeiten

In diesem Workshop lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst die Aufgaben des Projektmanagements kennen. Anschließend werden die Strukturmerkmale eines Projekts vorgestellt. Einen wesentlichen Teil der praktischen Arbeiten nimmt die Erstellung und Auswertung des Projektplans mit seinen Teilplänen in Anspruch. Mit Hilfe des frei verfügbaren Programms GanttProject, ergänzt um ein vom Dozenten kostenfrei überlassenes Analyse-Programm, erstellen die Teilnehmer die Termin-, Ressourcen- und Kostenpläne und lernen, wie auf eventuelle Abweichungen gegenüber dem Planansatz zu reagieren ist - möglichst ohne oder nur mit geringen Abweichungen von den Zielvorgaben.

Außer dem Projektmanagementprogramm GanttProject und dem Zusatzprogramm GanttProject-Analyzer erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zahlreiche Formulare und Checklisten, die sie später in ihren eigenen Projekten einsetzen können.

Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird der sichere Umgang mit einem PC (Betriebssystem Windows) erwartet. Kenntnisse im Umgang mit Office-Programmen, zum Beispiel Word oder Excel sind von Vorteil.
Informationen im Internet unter http://www.akogis.de ❐

Zentrales elektronisches Personenstandsregister:

Gemeinden erwarten Finanzierungsbeitrag

Brandl: Mitfinanzierung des Freistaats ist ein Gebot der Fairness

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte erwarten, dass sich der Freistaat Bayern an den Investitionskosten für die Errichtung eines zentralen elektronischen Personenstandsregisters (ZEPR) beteiligt. „Die Bayerische Staatsregierung hat ein hohes politisches Interesse an diesem Vorhaben. Es ist daher ein Gebot der Fairness, dass sich der Freistaat spürbar an der Finanzierung dieser zentralen Einrichtung beteiligt“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in München.

Brandl wies darauf hin, dass die Gemeinden und Städte das Personenstandsregister im Auftrag des Staates führen. Da beabsichtigt ist, sämtliche Standesämter in Bayern an das zentrale elektronische Personenstandsregister von Gesetzes wegen anzuschließen, muss der Freistaat mindestens die Investitionskosten für die Einrichtung dieses Registers tragen. „Ich appelliere an die Bayerische Staatsregierung, dieses von allen Seiten gewünschte und getragene Register nicht an der Finanzierungsfrage scheitern zu lassen“, sagte Brandl.

Machbarkeitsstudie

Seit 1. Januar 2009 ist die elektronische Führung der Personenstandsregister zulässig, aber erst ab 1. Januar 2014 verpflichtend vorgeschrieben. Die Bayerische Staatsregierung hat eine Machbarkeitsstudie zur Einführung einer zentral elektronischen Registerführung in Auftrag gegeben.

Ca. 10 Mio. Euro Gesamtkosten

Der Ministerrat hat am 12. Mai 2009 bekräftigt, noch vor dem 1. Januar 2014 ein zentrales elektronisches Personenstandsregister (ZEPR) für Bayern einzurichten. Alle Standesämter in Bayern sollen verpflichtend an das ZEPR angeschlossen werden. Es ist mit voraussichtlich 3 Mio. Euro an Investitionskosten zu rechnen und mit weiteren jährlichen Betriebskosten von ca. 700.000 Euro. Damit würden im Zeitraum von zehn Jahren etwa 10 Mio. Euro Gesamtkosten auflaufen. Davon sollen die Kommunen 7 Mio. und der Freistaat 3 Mio. Euro übernehmen. ❐

Pschierer und Kreidl:

Alle Landkreise nutzen Geodaten der Vermessungsverwaltung

„Ein Mehr an Bürgerfreundlichkeit und rationellerer Verwaltungsvollzug ist nun möglich! Die Vollausstattung aller Landkreise in Bayern mit amtlichen Geodaten ist vollzogen. Dies ist ein entscheidender Schritt zu mehr Bürgernähe und mehr kommunale Dienstleistung vor Ort, etwa durch schnellere Vorgangsbearbeitung oder einfachere Auskunftsverfahren“, teilten Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer und der Präsident des Bayerischen Landkreistags Dr. Jakob Kreidl mit.

Statt aufwändiger Behördengänge, Aktenstaub und Wartezeiten könnten die Bürger jetzt Informationen rund um die Uhr und das 365 Tage im Jahr über Geoportale der Landkreise abfragen. Auf den Basisdaten der Vermessungsverwaltung, vor allem Karten und Luftbildern, stehen Informationen aus verschiedenen Fachbereichen zur Verfügung.

Daten rund um die Uhr bedarfsgerecht abrufbar

Ob Landschaftsschutzgebiete und Biotope, Gewerbeobjekte und Bebauungspläne, Standorte von Feuerwehren bzw. Apotheken oder auch Bushaltestellen für die Schüler: Besonders bequem für die Landkreise ist der Umstand, dass sie einen Großteil der gewünschten Daten nicht beim Vermessungsamt oder Landesamt für Vermessung und Geoinformation bestellen, sondern die Daten rund um die Uhr über den Internetdienst GeodatenOnline bedarfsgerecht abrufen können.

Vorteile für die Wirtschaft

Durch das flächendeckende Angebot an amtlichen Daten der Vermessungsverwaltung entstehen, so Pschierer und Kreidl, auch Vorteile für die Wirtschaft. Kommunale Dienstleister im GIS-Bereich können den Landkreisen ganz neue Anwendungsmöglichkeiten aufzeigen und neue Geschäftsmodelle entwickeln. Der praktische Nutzen zeige sich bei Verfahren zur Baugenehmigung, bei Landnutzungsanalysen bei der Festlegung und Überwachung von Naturschutzgebieten, im Bereich des Wasserrechts oder bei der Tourismusförderung.

Hohe Akzeptanz

Sämtliche Landkreise in Bayern nutzen jetzt das umfangreiche Angebot an Geobasisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung. Zum 1. Januar 2011 hat der Landkreis Aichach-Friedberg seinen Beitritt zur Vereinbarung zwischen dem Landkreistag und der Bayerischen Vermessungsverwaltung erklärt. In weniger als zwei Jahren nach Abschluss der Vereinbarung im Februar 2009 sind somit alle Landkreise beigetreten. Diese hohe Akzeptanz durch die Landkreise bestätigt den gemeinsam von Vermessungsverwaltung und Landkreistag eingeschlagenen Weg, Geobasisdaten und Geodienste der Vermessungsverwaltung unkompliziert und aktuell den Landkreisen zur Verfügung zu stellen. Durch die Teilnahme aller Landkreise wird die breitere Nutzung der Geobasisdaten innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie der kommunalen Familie deutlich gefördert.

Förderung

Der Einsatz von GIS an Landkreisen wird somit maßgeblich gefördert. In Geoinformationssystemen werden Fachdaten von Landkreisen und Kommunen auf der Grundlage der amtlichen Geobasisdaten verwaltet und verarbeitet.

Großes Potential

Das Potential der amtlichen Geodaten ist sehr hoch: Es umfasst nicht nur Luftbilder und das Digitale Geländemodell, sondern auch die Digitale Flurkarte und Topographische Karten sämtlicher Maßstäbe sowie die Hauskoordinaten für eine adressenscharfe Suche. Das Digitale Geländemodell erlaubt beispielsweise die Untersuchung und Darstellung von überschwemmungsgefährdeten Gebieten. „Intelligente“ kartographische Informationssysteme ermöglichen die Darstellung von Alarmzonen für den Katastrophenschutz, z. B. bei der Vogelgrippe. ❐

CIP Archiv reloaded:

Die nächste Generation

Seit drei Jahren begeistert CIP-Archiv durch perfekte Ablage und schnelle Suche. Weit über 150 Kunden nutzen die Software bereits. Jetzt steht die nächste Generation in den Startlöchern, mit mehr Komfort, mehr Leistung.

Schneller, schlanker, besser und mehr Komfort, so lauten in der Regel die Forderungen für neue Programmgenerationen. Das neue CIP-Archiv erfüllt sie alle. Die technische Plattform wurde komplett neu entwickelt. Ein Sahnestück ist das vollständig integrierte Multi-Threading. Diese Technologie ist darauf ausgelegt, die Leistungsstärke aktueller Rechner mit Mehr-Kern-Prozessor effektiv zu nutzen. In Verbindung mit neuen Datenbankstrukturen bringt dies echte Leistungssprünge und Zukunftssicherheit.

Verbesserte Suchergebnisse

Mit der neuen Version ist CIP-Archiv noch tiefer in CIP-KD eingebettet. Bezahlte Rechnungen werden samt Anordnung in der Kasse eingescannt und automatisch mit den vorhandenen Buchungen untrennbar verknüpft. Gleichzeitig werden alle manuell getätigten Buchungsinformationen von der Anordnung bis zur Ist-Zahlung (z. B. Empfänger, Zahlbetrag) als sogenannte Meta-Daten gespeichert. Zusätzlich werden im Hintergrund die Inhalte der gescannten Originalbelege über eine Texterkennungssoftware (OCR) ausgelesen und zugeordnet. Die echten Buchungsinformationen aus den Meta-Daten in Verbindung mit den OCR-Ergebnissen (Volltextsuche) garantieren den schnellen und sicheren Sucherfolg.

Einen weiteren Vorteil schafft die direkte Integration des Finanzarchivs in die Buchhaltungssoftware CIP-KD für die Vollständigkeitsprüfung der Belege. Die Zuordnung von Buchungen und Belegen erfolgt automatisch.

Anlagenbuchführung und weitere CIP-Module

Selbstverständlich muss die archivierte Rechnung in der Haushaltsüberwachung oder Kasse angezeigt werden. Das wird sie auch, doch erst die automatische Bereitstellung in weiteren CIP-Modulen bietet erhebliche Zeitersparnis und Informationssicherheit in der täglichen Arbeit.

So werden die Originalbelege auch in der Finanzbuchführung, in der Kosten- und Leistungsrechnung und vor allem in der Anlagenbuchführung automatisch bereitgestellt. Die in der Kasse gescannte Originalrechnung liegt direkt beim entsprechenden Anlagegut. Für das gesamte Anlagevermögen sind die Kassenrechnungen mit allen Details über einem Mausklick verfügbar. Nutzen Sie Ihre wertvolle Zeit für Sinnvolleres als Suchen.

Neu: Kassen- und Steuerakte

Brandneu ist das Facharchiv für die Kassen- und Steuerakte. Bei der Bescheiderstellung werden mit dem Druck automatisch im Hintergrund revisionssichere Originalbescheide erstellt und in das Langzeitarchiv überführt. Wie beim Kassenarchiv werden auch hier die Inhaltsdaten (Meta-Daten) der Bescheide zur Recherche mit übergeben.

Daneben können auch externe Unterlagen und Dokumente in das Archiv aufgenommen werden. So liegt künftig der gescannte Messbescheid gleich beim richtigen Gewerbesteuerfall und kann direkt aus der Sachbearbeitung angezeigt werden.

Direkt integriert statt irgendwie angehängt

Die Anbindung des Archives in die Anwendung über die Meta-Daten schafft einen Klassenunterschied im Vergleich zu anderen Archivlösungen. Diese direkte Implementierung des Archivs in CIP-KD garantiert nicht nur höchsten Komfort sondern auch größtmögliche Sicherheit und die, bei einem Archiv unbedingt erforderliche, Zukunfts- und Investitionssicherheit über Jahrzehnte.

Sicher ein hohes Ziel, das organisatorisch neue Ansprüche setzt und nicht „nebenbei“ erreicht werden kann. komuna stellt Ihnen nicht nur die Software zur Verfügung, sondern begleitet Sie auch hier mit dem Fachwissen seiner Mitarbeiter Schritt für Schritt bei der Realisierung.

Weitere Facharchive in Vorbereitung

Neben den Facharchiven für das Finanzwesen stehen künftig weitere individuelle Facharchivkomponenten für andere Bereiche im Rathaus zur Verfügung. Der erste Schritt ist hier die Realisierung des DMS-Archiv für komuna.RIS DMS, weitere werden folgen.

Weitere Informationen bei komuna unter: 0871/973 850. ❐

Elektronisches Vergabeverfahren:

Spürbare Vorteile

„Sämtliche Stufen eines Vergabeverfahrens mittels einer Software abwickeln zu können - von der Veröffentlichung bis hin zur Zuschlagserteilung und dem Vertragsschluss - das schafft Rechtssicherheit für die staatlichen Vergabestellen und erleichtert den Unternehmen die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen“ erläuterte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung, die Vorteile des elektronischen Vergabeverfahrens.

Pschierer schaltete die Software mit der Veröffentlichung der ressortübergreifenden Ausschreibung zur Arbeitsplatzausstattung online. Die Ausschreibung sieht ein geschätztes Gesamtvolumen von ca. 42.000 Geräten (18.500 PCs, 2.800 Notebooks und 20.700 Bildschirme) im Wert von bis zu 12 Millionen Euro vor.

Verfahrenssicherheit

Die Software „eVergabe“ ist ein Teil der Basiskomponente „eProcurement“. Bei Basiskomponenten handelt es sich um IT-Anwendungen, die bei einer Vielzahl von Behörden oder allgemein in der staatlichen Verwaltung eingesetzt werden. „Eine einheitliche bayerische IT-Architektur erleichtert uns Planung und Pflege unserer IT-Ressourcen, beseitigt Reibungsverluste infolge von Medienbrüchen und hilft uns daher nicht zuletzt, die Kosten in Griff zu behalten“, so Pschierer: „Gerade das Modul eVergabe schafft Verfahrenssicherheit, indem es unsere Sachbearbeiter bei der Beachtung des komplexen Vergaberechts unterstützt.“

Geringerer manueller Aufwand

Auch für den Unternehmer, der an der staatlichen Ausschreibung teilnimmt, seien die Vorteile unmittelbar spürbar: Circa 70 Prozent des manuellen Aufwands entfallen durch die elektronische Verarbeitung. Sämtliche Unterlagen und Formulare können systemgestützt bearbeitet werden und liegen in verwertbarem Format vor. Vor dem elektronischen Versand der Angebote werden im eProcurement-System alle Pflichtfelder auf Vollständigkeit überprüft.

„eGovernment schafft einen Gewinn sowohl für die öffentliche Hand als auch die Wirtschaft. Dieser tritt gerade bei der Software eVergabe besonders deutlich zu Tage“, so Pschierer. ❐

Aufbruch Bayern:

Seehofer stellt sich online den Fragen der Bürger

Mitmachaktion zur Bürgerbeteiligung und Live-Interview auf dem Youtube-Bayernkanal

Bayern geht weiter neue Wege zur Beteiligung der Bürger. Zum Start der Zukunftsinitiative „Aufbruch Bayern: Familie, Bildung, Innovation“ ruft Ministerpräsident Horst Seehofer die Bürgerinnen und Bürger auf, im Online-Dialog Fragen zu stellen. Zudem können die Bürger mit ihrer Bewertung bestimmen, welche Fragen von Seehofer live beantwortet werden.

Seehofer: „Dialog und Beteiligung: Dafür stehe ich! Nur so bringen wir unser Land voran. Die Bürger sind die besten Experten. Sie stellen mir ihre Fragen zu Aufbruch Bayern und auf diesem Weg erfahre ich, was ihr persönlicher Aufbruch ist.“ Ein 45-sekündiges Aufrufvideo ist unter www.youtube.com/Bayern zu finden. Nach Auskunft von Youtube-Betreiber Google ist der Bayerische Ministerpräsident der erste deutsche Politiker, der sich online im Live-Interview den Fragen stellt, die via Youtube von den Bürger eingereicht und ausgewählt werden.

„Was tut die Politik für unsere Zukunft?“ Die Teilnehmer am Dialog können ihre Fragen zur Zukunftsinitiative Aufbruch Bayern für Familie, Bildung und Innovation bis zum 20. Februar über den Bayernkanal auf Youtube (www.youtube.com/Bayern) an Horst Seehofer richten und dort über die eingereichten Fragen abstimmen. Am 26. Februar ab 16.00 Uhr wird der Ministerpräsident im Live-Interview auf dem Bayernkanal die wichtigsten Fragen beantworten. Die Fragen können als Text oder Video eingereicht werden. Weitere technische und inhaltliche Hinweise finden sich in den Teilnahmebedingungen unter www.youtube.com/Bayern.

Aufbruch Bayern ist die Zukunftsstrategie der Bayerischen Staatsregierung für Familie, Bildung und Innovation. Bayern soll das familienfreundlichste Land werden, das Land mit den besten Bildungschancen und Modellregion für nachhaltiges qualitatives Wachstum. **Mehr unter www.aufbruch.bayern.de** ❐

Fingerabdruck macht Chips fälschungssicher

Chips und Elektronikbauteile geraten immer stärker ins Visier von Produktfälschern: Attacken auf Hardware-Bausteine sind mittlerweile an der Tagesordnung. Eine spezielle Sicherheitstechnologie nutzt individuelle Materialeigenschaften von Komponenten, um daraus einen digitalen Schlüssel zu erzeugen. Bauteile werden damit identifizierbar, denn die einzigartige Struktur zu kopieren ist unmöglich.

Auf der embedded world vom 1. bis 3. März in Nürnberg zeigen Forscher des Fraunhofer-Instituts für Sichere Informationstechnologie SIT wie sich Elektronikbauteile oder Chips mit Physical Unclonable Functions (PUFs) – physikalisch nicht klonbare Funktionen – fälschungssicher machen lassen. „Jedes Bauteil verfügt über eine Art individuellen Fingerabdruck, da bei der Produktion unweigerlich kleine Unterschiede zwischen den Komponenten entstehen“, erklärt Dominik Merli, Wissenschaftler am Fraunhofer SIT in Garching bei München. So kommt es beispielsweise bei Leiterbahnen während des Fertigungsprozesses zu minimalen Schwankungen der Dicke oder Länge. Diese Abweichungen haben zwar keinen Einfluss auf die Funktionalität, können jedoch genutzt werden, um daraus einen einzigartigen Code zu erstellen.

Invasive Attacken zerstören die Struktur

Ein PUF-Modul wird direkt in einen Chip integriert. Es lässt sich in einer Vielzahl von programmierbaren Halbleitern – FPGAs (Field Programmable Gate Array) – implementieren, aber genauso in Hardware-Komponenten wie Mikrochips und Smartcards. „Herzstück ist eine Messschaltung, beispielsweise ein Ringoszillator: Dieser erzeugt ein charakteristisches Taktsignal, das Rückschlüsse auf die genauen Materialeigenschaften des Chips zulässt. Spezielle elektronische Schaltungen lesen diese Messdaten anschließend aus und generieren aus ihnen den bauteilspezifischen Schlüssel“, erläutert Merli.

Im Gegensatz zu herkömmlichen kryptografischen Verfahren wird der geheime Schlüssel dabei nicht in der Hardware gespeichert, sondern auf Anfrage jedes Mal neu erstellt. Da der Code direkt von den aktuellen Systemeigenschaften abhängt, ist es praktisch unmöglich, ihn zu extrahieren und zu klonen. Denn invasive Attacken auf den Chip würden physikalische Parameter verändern – und damit auch die einzigartige Struktur verfälschen oder zerstören.

Die Garchinger Forscher haben bereits zwei Prototypen entwickelt: einen Butterfly PUF und einen Ringoszillator PUF. Aktuell werden diese Module für den praxistauglichen Einsatz optimiert. ❐

Unvollständige Datensicherungen:

Schäden nehmen überhand

Anwender sind zu sorglos mit ihren Daten

Wien (pts) - Regelmäßige Backups sind die Lebensversicherung des Computers: Im Ernstfall stellen sie sicher, dass wichtige Daten nicht verloren gehen. Datenretter warnen nun vor einem zunehmend sorgloseren Umgang mit Backups. „In den vergangenen 24 Monaten haben wir eine Verdoppelung der Fälle von Datenverlust durch unvollständige Backups festgestellt“, berichtet Nicolas Ehrschwendner, Geschäftsführer des Wiener Datenrettungsunternehmens Attingo Datenrettung. Dieser Datenverlust kann zwar von professionellen Datenrettern wieder behoben werden, besser ist es jedoch, Daten von vorneherein vollständig zu sichern.

Verantwortlich ist dabei im Privatbereich meist Unwissenheit, etwa wenn der Computer geplant oder ungeplant neu aufgesetzt werden muss: „Viele Anwender wissen zwar, dass sie die eigenen Dateien oder ihre Office-Dokumente sichern müssen, vergessen jedoch, dass es auch andere wichtige Daten auf der Festplatte gibt“, warnt Ehrschwendner. Oft werde etwa übersehen, wichtige Daten wie E-Mails, Kontakte und Termine zu sichern. Auch Fotodatenbanken, Musik- und Video-Daten etwa aus iTunes, lediglich in Browsern gespeicherte Passwörter oder Favoriten werden oft vergessen - und nachher vermisst.

Manchmal sind die Einschätzungen, was wichtig ist, auch eher facettenreich: „Wir hatten auch schon einen Klienten, der einen innerhalb eines Jahres erreichten Spielstand in einem Ego-Shooter wiederhergestellt haben wollte“, sagt Ehrschwendner.

http://www.attingo.com/at/datenrettung/server-raid/haeufige-ursachen.html

Auch im Business-Bereich kommt es immer wieder zu unvollständigen Datensicherungen mit verhängnisvollen Folgen: „Es gibt zwar meist Backups, diese stellen sich aber im Nachhinein oft als unvollständig oder defekt heraus“, berichtet Ehrschwendner. Grund dafür ist oftmals, dass Dateien, die zum Zeitpunkt des Backups gerade in Verwendung sind, nicht gesichert werden können. Ehrschwendner rät daher generell zu mehr Umsicht bei Backups. „Auch professionelle Backupprogramme sichern meist nicht alle Daten des Anwenders. Besser sei es, genau zu überlegen, welche Daten benötigt werden.“ Ist der Fehler erst einmal aufgetreten, rät Ehrschwendner zu professioneller Hilfe: „Attingo verfügt über entsprechendes Know-how, gelöschte Daten jeder Art zu rekonstruieren.“

Beim Neuaufsetzen eines Rechners oder Servers rät der Datenrettungsexperte zudem zu einer einfachen Lösung: „Am besten auf neuen Festplatten aufsetzen und die alten Datenträger als Backup nutzen. So kann Datenverlust nahezu ausgeschlossen werden.“

http://www.attingo.com/de/datenrettung/datenverlust/datenverlust.html

Attingo Datenrettung ist ein führender, europäischer Anbieter von Datenrettungen. Die Datenrettung befasst sich mit der Rekonstruktion von Daten, die durch Löschung, Formatierung, technischen Defekt, Manipulation, Sabotage oder mechanische Einflüsse wie Wasser oder Feuer beeinträchtigt wurden. Attingo rettet diese Daten. Das Unternehmen betreibt dazu modernste Reinraumlaboratorien in Wien, Hamburg und Amsterdam und verfügt über Experten mit jahrelanger Erfahrung. Attingo ist in Notfällen für seine Klienten 24 Stunden an sieben Tagen die Woche zu erreichen. ❐

Die zweite Generation ist da!

CIP-Archiv

– das digitale Archiv für Ihr Finanzwesen

Schneller finden
– neue technische Plattform

Sicher finden
– doppelte Suchfunktion (Buchungsdaten und Volltext)

Alles finden
– neu mit Archiv für Kassen- und Steuerakte

komuna GmbH
EDV-Beratung
Wallerstraße 2
84032 Altdorf
Tel. 08 71/973 85-0
Fax 08 71/973 85-600
info@komuna.de
www.komuna.de

komuna
EDV-Beratung für die Kommunalverwaltung

CeBIT 2011 in Hannover:

Neuer Marktplatz für kommunale Anwendungen

Die CeBIT ist das weltweit wichtigste und internationalste Ereignis der digitalen Industrie. Vom 1. bis 5. März 2011 fokussiert die Messe in Hannover die zentralen Themenfelder der Informationstechnologie- und Telekommunikationsbranche in vier anwendungsorientierten Plattformen. Eine davon ist die CeBIT gov, die ITK-Anwendungen für die öffentliche Verwaltung und das Gesundheitswesen präsentiert.

CeBIT gov schafft einen neuen Marktplatz für kommunale Anbieter und Anwender: „KOMmune INNovativ“ öffnet seine Tore im Public Sector Parc in Halle 9 und zeigt ITK-Lösungen für kommunale Verwaltungen. Die CeBIT bietet ein Komplettpaket, das speziell auf die Bedürfnisse der Kommunalebene ausgerichtet ist. Dazu gehören auch ein neuer Besucherservice für Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen sowie individuelle Beteiligungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen.

Inhalte von „KOMmune INNovativ“ sind ITK-Lösungen zur Verbesserung der Abläufe und Prozesse, zur Effizienzsteigerung der kommunalen Einrichtungen sowie zur Optimierung der Bürger- und Kundenansprache. Beispiele sind neue Fachverfahren für Standesamt, Einwohnermeldeamt und Führerscheinstelle. Außerdem geht es um Weiterbildung und Wissensvermittlung sowie Networking und Erfahrungsaustausch mit Gleichgesinnten. Die Sonderschau besteht aus einem Gemeinschaftsstand sowie einzelnen Unternehmenspräsentationen.

Zahlreiche Branchenführer wie mps, Datev, Mach, INFOMA, kommIT und Materna sind mit von der Partie. Das Ausstellungsspektrum wird durch ein hochkarätiges Workshop-Programm sowie einen eigenen Vortragsbereich – das Forum KOMmune INNovativ - ergänzt. Hier erwartet die Besucher eine Fülle von Fachthemen mit hohem Fortbildungspotential.

Einen spannenden Anlaufpunkt stellt der Gemeinschaftsstand des DATABUND e. V. dar: Hier sind weitere Unternehmen aus dem kommunalen Umfeld mit ihren Innovationen vertreten. So informiert zum Beispiel das Computer Zentrum Straußberg über Prozesse zur Schulverwaltung, Wohngeld, Kindergarten, Gesundheitsamt und eGovernment. Die H&H Datenverarbeitungs- und Beratungsgesellschaft präsentiert kommunales Finanzwesen und Doppik. Kommunix stellt Software-Angebote für das Ausländerwesen und die Einbürgerung vor. Prokommunal zeigt Neuigkeiten aus dem Führerscheinwesen und der Verlag für Standesamtwesen aus dem Personenstandswesen.

Namhafte Aussteller

Die HSH Soft - u. Hardware Vertriebs GmbH ist mit Angeboten zum Einwohnermeldewesen, Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen, Gewerbewesen und Passamtsfragen dabei. IT-Security sowie Kinder- und Jugendschutz im Internet stehen beim Unternehmen Octogate auf dem Programm. Naviga zeigt Lösungen zum Gewerbewesen, Erziehungsgeld, Elterngeld, BaFög, Sitzungsdienst und Dokumentenmanagement. Ratsinformationssysteme, Internetportale, Dokumentenmanagement und active-city-Lösungen stehen bei net-Com auf der Agenda. Lösungen zur Gefahrenabwehr und im Straßenverkehr sowie zum Thema Ordnungswidrigkeiten präsentiert EurOwiG.

Lösungen und Visionen

Weitere führende Aussteller sind geoinform mit der Darstellung von geografischen Informationssystemen sowie Speed Intraproc mit Ausweis- und biometrischen Systemen.

IBM wiederum stellt Lösungen und Visionen für die Smarte Verwaltung von heute und morgen vor. In den Sektionen „Open Government“ und „Trägerübergreifende Zusammenarbeit „werden zukunftweisende Kundenreferenzen vorgestellt. Erstmalig werden auch die IBM Vision für das „eGovernment Framework“ und neue Lösungen für „Innovative Sicherheitskonzepte“ und „Clouddienste“ präsentiert.

Im Fokus stehen Lösungen für öffentliche Institutionen, mit deren Unterstützung Bund, Länder und Kommunen sowie das Gesundheits- und Bildungswesen effizienter Entscheidungen fällen und nachhaltige Strategien entwickeln können. Mit dem Show-Case „Cloud für (die einheitliche Behördenrufnummer) D115“ demonstriert IBM eine sichere Servicecenteranwendung aus einer Public Cloud heraus. Dabei nutzt das System automatisch Datenquellen der öffentlichen Verwaltung, wie z. B. den Zuständigkeitsfinder und lokale Internetseiten.

Partnerlösung

Ein weiterer Schwerpunkt ist die gemeinsam mit highQ entwickelte Partnerlösung „E-Ticketing“, das Fahrgästen künftig die Fahrt mit Bus und Bahn erleichtern soll. Lange Wartezeiten am Schalter und Überlegungen über die Wahl des richtigen Tarifs sind somit Vergangenheit. Die eingesetzte Cloud-Computing-Plattform ermöglicht dem ÖPV das E-Ticketing einfacher, schneller und wirtschaftlicher als bisher zu implementieren und betreiben zu lassen. Das Planungssystem PlanB erleichtert zudem die Fahr- und Dienstplanung.

Ein spezieller Forumsbereich informiert auf der CeBIT in Vorträgen und Diskussionen über aktuelle kommunale Themen. Ein Themenschwerpunkt ist die „Haushaltskonsolidierung mithilfe von IT“.

Bus-Shuttle

Neben zahlreichen Besucherservices im Rahmen des Public Sector Parc stellt die Deutsche Messe erstmals einen Bus-Shuttle speziell für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung. In mehreren Bundesländern werden Busse eingesetzt, die Besucher direkt zum CeBIT-Gelände und zurück fahren. Der Busfahrplan orientiert sich dabei unter anderem an den Kommunaltagen verschiedener Bundesländer, die erneut im Public Sector Parc durchgeführt werden.

Wer sich über die kommunalen Themen hinaus über die ganze Bandbreite innovativer ITK-Lösungen für öffentliche Verwaltungsorgane informieren möchte, hat dazu im gesamten Areal des Public Sector Parc Gelegenheit. Hier sind unter anderem IT-Lösungen für Bund und Länder, Verfahren zur Unterstützung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie Geoinformationssysteme zu sehen. **DK**

Neuer Personalausweis:

Probleme am laufenden Band

Pschierer: „Der Bund muss endlich aktiv werden, sonst droht der neue Personalausweis zu scheitern!“

„Mehrkosten, wenig Mehrwert!“ kritisierte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung, die Defizite bei der Einführung des neuen Personalausweises: „Der neue Personalausweis wird von den Bürgern nicht angenommen, weil es kaum Anwendungen gibt, die die Identitätsfunktion unterstützen.“

Kaum die Hälfte aller Inhaber des neuen Personalausweises kann die sogenannte eID-Funktion freischalten. „Angesichts der Sicherheitspannen ist das auch kein Wunder“, stellte Pschierer fest. „Es gibt Probleme am laufenden Band. Erst die Sicherheitslücken der AusweisApp, dann Verzögerungen bei der Auslieferung und schließlich behördliche Änderungsterminals, die nicht funktionieren. Das schreckt die Bürger ab.“

Dabei waren die technischen Probleme bereits im Vorfeld der nPA-Einführung bekannt. Der Anwendungstest verlief aus bayerischer Sicht nicht zufriedenstellend. „Völlig unverständlich dass diese Probleme nicht bis zum offiziellen Start des neuen Ausweises aus dem Weg geräumt wurden“, so der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung.

Pschierer warnte zudem: „Der neue Personalausweis mit seiner eID-Funktion war der richtige Schritt zum richtigen Zeitpunkt für mehr Sicherheit und Vertrauen im Internet. Dieses wichtige und bislang größte IT-Projekt der öffentlichen Hand darf nicht scheitern. Die Pannenserie muss abgestellt werden und wir brauchen einen echten Mehrwert für die Bürger - vor allem brauchen wir Online-Anwendungen für den neuen Personalausweis!“ Länder, Kommunen und Wirtschaft sollten hier dem Bund unter die Arme greifen, in dem sie ihre Online-Dienste für eine sichere Identifizierung mit dem neuen Personalausweis fit machen. Das gelte insbesondere für Banken und Versicherungen. „Das geht aber nicht ohne eine finanzielle Unterstützung des Bundes!“ forderte Pschierer. ❐

Landratsamt Günzburg:

Erweitertes Serviceangebot

Einführung von EC-Terminals

Erfreuliche Nachrichten für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Günzburg. Besuchern des Landratsamtes wird der Zahlungsverkehr erleichtert.

Bislang war beim Behördengang eine Zahlung ausschließlich beim zentralen Kassenautomaten im Vorraum der Zulassungsstelle möglich. Ab sofort können nun in den publikumsintensiven Bereichen anfallende Verwaltungsgebühren direkt beim zuständigen Sachbearbeiter bargeldlos beglichen werden.

Weg- und Zeitersparnis

Durch Inanspruchnahme der EC-Zahlung profitieren die Kunden von einer Weg- und Zeitersparnis. Der Weg zum Kassenautomaten sowie eine nochmalige Vorsprache beim zuständigen Sachbearbeiter mit Vorlage der Einzahlquittung können entfallen. Das Anliegen des Bürgers lässt sich somit in vielen Fällen künftig ohne Unterbrechung und Zeitverlust abwickeln.

Der neue Service wird in den Bereichen Ausländerwesen, Gewerbe- und Gaststätten, Waffenrecht, Jagd- und Fischereiwesen sowie in der Zulassungsstelle, der Führerscheinstelle und dem Gesundheitsamt angeboten. Eine Barzahlung ist auch weiterhin am Kassenautomaten möglich.

„Guter Service gehört zu unserem Leitbild. Mit der Einführung von EC-Terminals leistet der Landkreis einen wertvollen Beitrag, um dieses Leitbild mit Leben zu erfüllen“, so Landrat Hubert Hafner. **hj**

Finanzstaatssekretär gibt Startschuss:

„Bayerischer eGovernment-Löwe 2011“

„Innovativ – zukunftsweisend – praktisch bewährt: Die Bayerische Staatsregierung sucht auch 2011 wieder nach Online-Verfahren, die spürbare Vorteile und Erleichterungen für Bürger, Unternehmen und Verwaltung bringen“, kündigte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung, den Start des Wettbewerbs um den Bayerischen eGovernment-Löwen 2011 an.

Die Entwicklung leistungsfähiger eGovernment-Angebote ist für eine moderne bürgerorientierte Verwaltung von elementarer Bedeutung. Deshalb wird der 2010 erstmals unter dem Motto „Vorsprung durch eGovernment für Wirtschaft, Kommunen und Verwaltung“ ausgetragene eGovernment-Wettbewerb auch in diesem Jahr erneut durchgeführt.

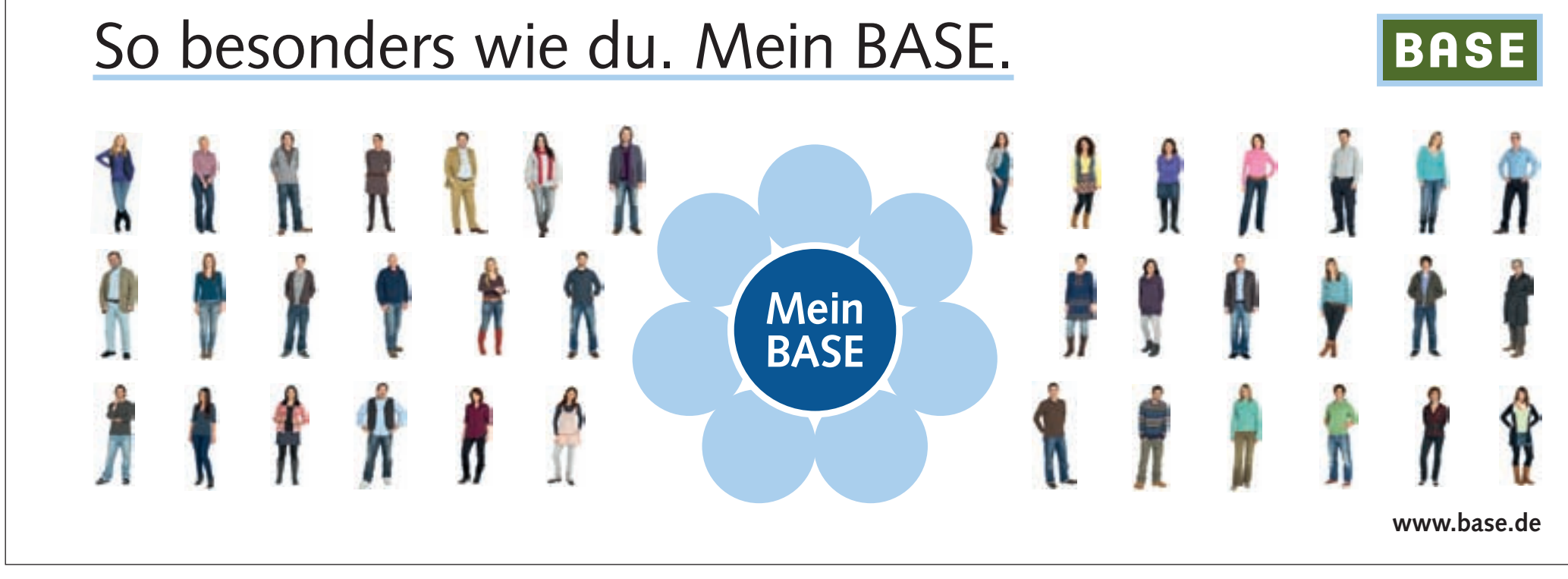
Erfolgreicher Praxistest

„Gefragt sind vor allem Online-Verfahren, die den Praxistest schon erfolgreich absolviert haben. Deshalb rufe ich sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen und Verwaltungen auf, mir besonders auszeichnungswürdige eGovernment-Verfahren zu benennen, die in der täglichen Praxis einen hohen Nutzen mit sich bringen“, ermunterte Pschierer zur Teilnahme am Wettbewerb.

Bewerbungen müssen spätestens bis 31. März 2011 eingereicht werden. Das Wettbewerbskonzept und das Bewerbungsformular sind unter www.cio.bayern.de/loewe abrufbar.

Gemeinsame Plattform

Den „eGovernment-Löwen 2011“ für den besten Beitrag wird Pschierer am 5. Mai 2011 zum Abschluss des „3. Bayerischen Anwenderforums eGovernment“ im Bayerischen Landtag persönlich überreichen. Pschierer hat auch den Vorsitz in der unabhängigen Jury übernommen. Der Wettbewerb soll den Unternehmen, Kommunen und der staatlichen Verwaltung zusammen mit dem Anwenderforum eine gemeinsame Plattform bieten, auf der sie ihre Leistungen im eGovernment-Bereich öffentlich präsentieren können. Darüber dient er der Motivation und der Vertrauensbildung für eine intensive Nutzung internetbasierter Verwaltungssysteme in der Gesellschaft. ❐



Donau-Ries:

Heideflächen dauerhaft gesichert

Bayerischer Naturschutzfonds fördert neues Projekt mit 430.000 Euro

Mit dem Ankauf von 15 Hektar Fläche werden wertvolle Lebensräume der Riesheiden langfristig gesichert. Dies betonte Dr. Markus Söder, Umweltminister und Vorsitzender des Bayerischen Naturschutzfonds, jüngst in Donauwörth bei der Übergabe eines Förderbescheids über rund 430.000 Euro an die „Heide-Allianz Donau-Ries".

„Die Riesheiden besitzen einen hohen Artenreichtum mit landesweiter Bedeutung - diesen Naturschatz müssen wir gemeinsam erhalten", so Söder. Ziel des neuen BayernNetz Natur-Projekts ist es, hochwertige Magerrasenflächen wieder miteinander zu verbinden und als Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten zu bewahren.

Nachhaltiges Wirtschaften

Im Ries kommen mehr als 1.100 Pflanzen- und Tierarten der Roten Liste vor, so zum Beispiel der Heidegrashüpfer oder die Küchenschelle. Zudem soll es wieder mehr Schäfern ermöglicht werden, die Flächen als Weide für ihre Tiere zu nutzen und so nachhaltig zu bewirtschaften. Für die aus der Schäferei gewonnenen Produkte wie Wolle und Fleisch soll ein Vermarktungskonzept erstellt werden. „Für den Schutz der biologischen Vielfalt arbeiten in der Heide-Allianz alle vorbildlich zusammen - Grundeigentümer, Schäfer, Landkreis und Naturschutzverbände", so Söder.

Gesamtkosten von 538.000 Euro

Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich auf 538.000 Euro. Knapp 430.000 Euro trägt der Bayerische Naturschutzfonds mit dem Höchstfördersatz bei. Mit rund 70.000 Euro beteiligt sich der Landkreis, rund 39.000 Euro teilen sich die Schutzgemeinschaft Wemdinger Ried, der Rieser Naturschutzverein und die Kreisgruppe Donau-Ries des Bund Naturschutz Bayern.

Größte Naturschutzstiftung

Der Bayerische Naturschutzfonds ist nach der Bundesumweltstiftung die größte Naturschutzstiftung in Deutschland. Die Förderprojekte des Fonds stärken laut Söder den Arten- und Biotopschutz, vernetzen Lebensräume von Tieren und Pflanzen und werben bei der Bevölkerung um Verständnis für den Naturschutz. „Die Stiftung leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Bayerischen Biodiversitätsstrategie", so Söder. ❐

Geopark Bayern-Böhmen:

Nationales Naturerbe im Herzen Europas

„Dem nachhaltigen Naturtourismus gehört in Bayern die Zukunft. Der Geopark Bayern-Böhmen ist nach dem Ries und dem Geopark Bergstraße-Odenwald bereits der dritte zertifizierte Nationale GeoPark im Freistaat." Dies sagte Umweltminister Dr. Markus Söder, jüngst in Neustadt a.d. Waldnaab bei der Urkundenübergabe durch Prof. Dr. Rolf Emmermann, Präsident der GeoUnion Alfred-Wegener-Stiftung.

„Bayerns landschaftliche Schönheit und sein Naturreichtum machen es zu einem einzigartigen Ökoreiseziel - dies wollen wir möglichst vielen Menschen zugänglich machen", so Söder. Die hohe Auszeichnung werde einer Region zuteil, die eine Fülle von Naturwundern und geologischen Relikten aus der Urzeit aufweist. Söder: „Im Geopark Bayern-Böhmen gelingt es, die Erd- und Kulturgeschichte der Region anschaulich darzustellen." So werde das Verständnis für den Wert von intakter Natur und schöner Landschaft gefördert. Der Freistaat unterstützt den Geopark noch bis 2013 mit insgesamt 270.000 Euro Landesmitteln und 840.000 Euro aus dem Regionalfonds der Europäischen Union.

Touristische Aufwertung der Region

Ziel eines Nationalen GeoParks ist es, eine Region touristisch aufzuwerten. „Ein Nationaler GeoPark ist kein neues Schutzgebiet, sondern ein Gütesiegel, das eine Region zur Top-Adresse für naturbewusste Urlauber macht", so Söder. Kern des Geoparks bildet eine von Nordböhmen bis in die Fränkische Schweiz reichende Aufwölbung der Erdkruste. Längst erloschene Vulkane wie der Parkstein, schwache Erdbeben um Marktredwitz und kohlensäurehaltige Brunnen im Egerland zeugen von der bewegten geologischen Geschichte, die bis heute nachwirkt.

Alfred-Wegener-Stiftung

Der Geopark hat eine Fläche von 4.500 Quadratkilometern in Bayern und 3.000 Quadratkilometern in der Tschechischen Republik. Er umfasst auch das Umfeld der kontinentalen Tiefbohrung in Windischeschenbach. Von den 100 schönsten Geotopen Bayerns liegen 13 im Gebiet des Geoparks. Nationale GeoParks werden im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von der Alfred-Wegener-Stiftung zertifiziert. In Deutschland gibt es nun 14 Nationale GeoParks.

Weitere Informationen unter: www.geopark-bayern.de ❐

Der Kreuzberg mit dem unter Naturschutz stehenden Rosenquarzfelsen bei Pleystein im Oberpfälzer Wald gehört zum Geopark Bayern-Böhmen. Foto: obx

455 Kilogramm Abfall pro Einwohner

Aufkommen an Haushaltsabfällen in Deutschland ist im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr angestiegen

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) wurden 2009 insgesamt 37,2 Millionen Tonnen Abfälle bei den Haushalten eingesammelt. Das entspricht einem Durchschnitt von 455 Kilogramm je Einwohner. 2008 waren es noch 36,7 Millionen Tonnen Abfälle insgesamt beziehungsweise 448 Kilogramm pro Einwohner gewesen. Das Abfallaufkommen von 455 Kilogramm pro Einwohner im Jahr 2009 setzte sich vor allem aus rund 199 Kilogramm Haus- und Sperrmüll, 143 Kilogramm Wertstoffen und knapp 111 Kilogramm Bioabfällen zusammen.

Mehr als die Hälfte aller Abfälle, 20,8 Millionen Tonnen, sammelten die Haushalte im Jahr 2009 getrennt (56%). Davon waren 9,1 Millionen Tonnen organische Abfälle und 11,7 Millionen Tonnen getrennt erfasste Wertstoffe, insbesondere Papier, gemischte Verpackungen inklusive Leichtverpackungen und Glas. Das Aufkommen an organischen Abfällen (Biotonne, Garten- und Parkabfälle) stieg im Vergleich zum Vorjahr (2008: 8,7 Millionen Tonnen) um 0,4 Millionen Tonnen an.

Altpapieraufkommen

Die Menge der getrennt gesammelten Wertstoffe stagnierte hingegen auf Vorjahresniveau. Den höchsten Anteil am Wertstoffaufkommen hatte das Altpapier mit 5,9 Millionen Tonnen. Gegenüber dem Vorjahr nahm sein Umfang um 0,1 Millionen Tonnen ab. Danach folgten mit 2,5 Millionen Tonnen die über gelbe Tonnen/Säcke oder auch über Wertstoffhöfe eingesammelten gemischten Verpackungen (Leichtverpackungen, Verbunde) sowie Glas mit 1,9 Millionen Tonnen. Bei den beiden letztgenannten Abfallfraktionen ist die Aufkommenshöhe im Vergleich zu 2008 unverändert.

Haushaltsmüll wächst

Mit 16,2 Millionen Tonnen (44% aller Abfälle) stieg die Menge an Haus- und Sperrmüll im Vergleich zu 2008 um 0,1 Millionen Tonnen erstmals wieder leicht an. ❐

Stadt Aschaffenburg:

Vom Militär-Übungsplatz zum Naturschutzgebiet

Das mit Abstand größte Naturschutzgebiet im Bayerischen Untermain befindet sich seit kurzem in der Stadt Aschaffenburg. Die Regierung von Unterfranken stellte das 293,5 ha große Naturschutzgebiet „Ehemaliger Standortübungsplatz Aschaffenburg und Altenbachgrund" unter Schutz. Im Rahmen einer Feierstunde übergab Unterfrankens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer das Naturschutzgebiet der Stadt Aschaffenburg, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) sowie der Öffentlichkeit.

Ein kleiner Teil des neuen Naturschutzgebietes war bereits 1954 bzw. 1985 wegen seiner einmaligen Feuchtbereiche als Naturschutzgebiet „Altenbachgrund" gesichert; nunmehr besitzt die Stadt Aschaffenburg mit dem neu ausgewiesenen Schutzgebiet von allen drei unterfränkischen kreisfreien Städten den höchsten Naturschutzgebietsanteil mit über 290 ha (entspricht 4,6 % der Stadtfläche). Dieses Schutzgebiet ist letztlich ein Ergebnis der militärischen Entspannung in Europa, denn der Haupteigentümer, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, hat nach Abzug der US-Armee 2007 den ehemaligen Standortübungsplatz mit 237 ha zur Unterschutzstellung zur Verfügung gestellt.

Herausgehobene Bedeutung

Die naturschutzfachlich herausgehobene Bedeutung des Gebietes liegt im kleinräumigen Nebeneinander von unterschiedlichen Standortbedingungen von trocken bis nass, woraus sich unterschiedliche Lebensräume für viele seltene und gefährdete Pflanzen- und Tierarten herausgebildet haben, so dass das Gebiet als landesweit bedeutsam eingestuft ist.

Laubfroschvorkommen

So befindet sich dort das einzige Laubfroschvorkommen der Stadt Aschaffenburg. Ebenso haben sich unter anderem Kreuzkröte, Gelbbauchunke und Feuersalamander angesiedelt. Weiterhin sind gerade Insekten der Roten Liste, wie der Dunkle Wiesenknopf-Ameisenbläuling, die Blauflügelige Ödlandschrecke, die Sumpf-Heidelibelle und unzählige Wildbienenarten nachgewiesen. Von den Reptilienarten sind Zauneidechse und Schlingnatter anzuführen. Ein Randrevier des vom Aussterben bedrohten Steinkauzes und mehrere stark gefährdete Fledermausarten sind erfasst.

429 Gefäßpflanzenarten

Bei der Flora wurden insgesamt 429 Gefäßpflanzenarten nachgewiesen, wovon 32 Arten auf Roten Listen geführt werden.

DK

Lärmaktionsplanung und Luftreinhaltung

Die Accon GmbH mit Hauptsitz in Greifenberg ist eines der führenden umwelttechnischen Beratungsbüros mit den Schwerpunkten Lärm, Erschütterungen sowie Luft- und Lichtimmissionen.

Das Aufgabengebiet umfasst die Messung, Berechnung, gutachterliche Beurteilung und Bekämpfung von Lärm, Schwingungen und Luftschadstoffen im Auftrag von Privatpersonen, Industrie und Kommunalverwaltungen. Für Industriebetriebe - vom Handwerksbetrieb bis zum global agierenden Konzern - werden Probleme des Umweltschutzes bearbeitet.

Verkehrslärm

Bei Planung und Bau von Verkehrswegen, -anlagen und -bauwerken stellt Accon alle mit Lärm- und Luftreinhaltung verbundenen Dienstleistungen zur Verfügung. Beispiele sind die überschlägigen Ermittlungen zur Linienbestimmung von Verkehrsverbindungen, die Berechnungen und Gutachten für Planfeststellungs- oder Bauleitplanverfahren sowie die Abwicklung von baulichen Maßnahmen zum passiven Schallschutz für betroffene Anwohner.

In kritischen Verfahren wird der Abwägungsprozess durch Gesamtbilanzierung von Alternativlösungen unterstützt. Mit mobilen Langzeit-Messstationen überwacht man die Umweltauswirkungen während der Bauphase und nach Inbetriebnahme des Verkehrsweges. Zur Beweissicherung können die Schallimmissionen mit den erforderlichen Wetterdaten über beliebig lange Zeitspannen aufgezeichnet werden.

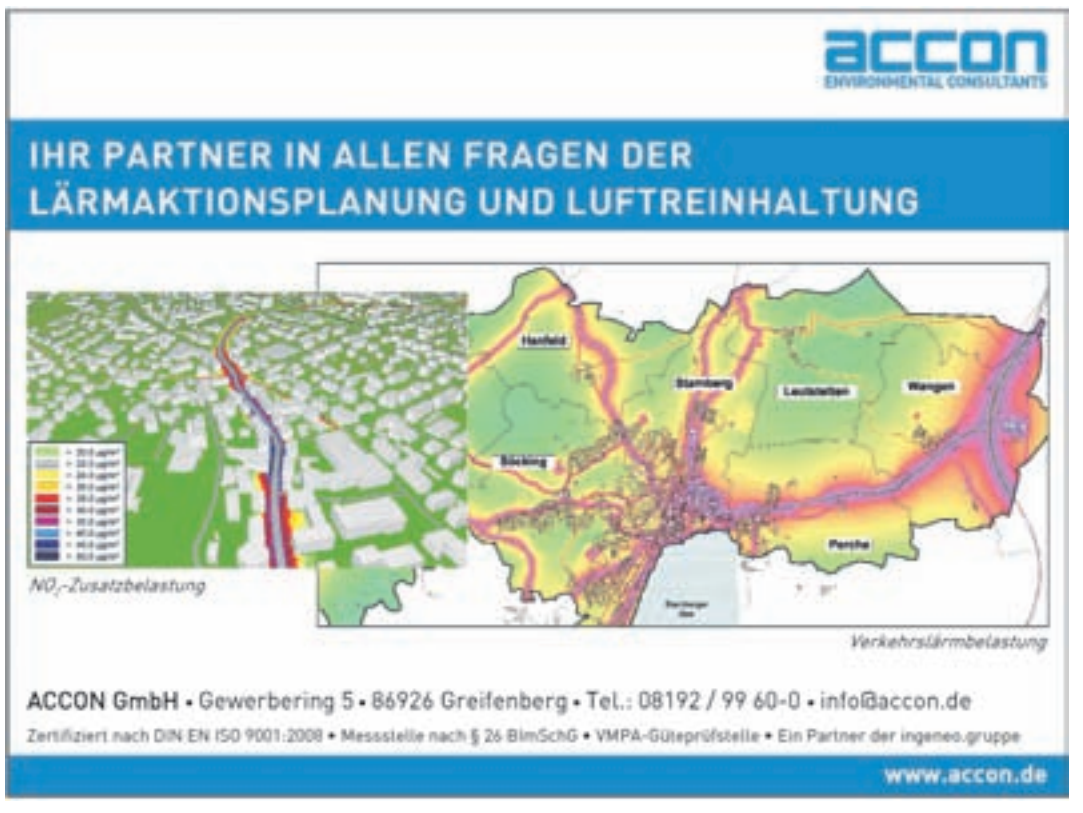
Schalltechnische Aspekte

Derartige Arbeiten wurden u. a. im Auftrag der Autobahndirektion Südbayern, der DB Netz AG, der DB Projekt Verkehrsbau GmbH, der Stadt Augsburg, der Stadt Ingolstadt und der Stadt Ravensburg durchgeführt.

Accon betreut außerdem Unternehmen im Hinblick auf alle schalltechnischen Umweltaspekte. Die optimale Betreuung besteht im Aufbau eines Modells zur Berechnung der Schallausbreitung, welches alle relevanten Schallquellen, die baulichen Gegebenheiten, das Geländemodell sowie die maßgeblichen Immissionsorte in der Nachbarschaft enthält (Betriebliches Lärminformationssystem BLIS). Damit werden die Einzelquellen hinsichtlich ihrer Immissionsrelevanz bewertet und - falls erforderlich - wirtschaftlich optimierte Konzepte zur Lärmminderung erarbeitet. Zusätzlich kann bei jeder wesentlichen Änderung mit geringstem Aufwand der Einfluss auf die Schallimmission beurteilt und bei Bedarf mit einem zur Behördenvorlage geeigneten Gutachten nachgewiesen werden.

Das Leistungsbild umfasst:

- Prognoseberechnungen zu Schallemission, -immission
- Aufbau eines Betrieblichen Lärminformationssystems (BLIS)
- Genehmigungsgutachten
- Emissions- und Immissionsmessungen nach Artikel 26, 28 BImSchG
- Lärmkontingentierung (z. B. im Rahmen der Bauleitplanung)
- Lärmoptimierte Betriebskonzepte
- Akustische Konzeption der Gebäudetechnik (z. B. Lüftung)
- Dimensionierung von Bauteilen (z. B. Fassaden, Fenster) und Schallschutzmaßnahmen (z. B. Schalldämpfer, Kapselung)
- Erstellung von Anfrage- und Vertragsspezifikationen (z. B. für Aggregate, Bauteile, Schallschutzmaßnahmen). ❐



Regensburg:

Die „Boomtown“ an der Donau wächst weiter

Chancenindex Bayern: Keine andere Region des Freistaats hat die Wirtschaftskrise besser gemeistert als Regensburg

München/Regensburg (obx) – Die ostbayerische Donau-Metropole bleibt einer der wichtigsten „Wachstumssterne“ am deutschen Wirtschaftshimmel. Im jetzt vorgestellten „Chancenindex Bayern“, einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft, die von der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft in Auftrag gegeben wurde, kommt Regensburg im Freistaat Bayern auf den ersten, bundesweit nach dem baden-württembergischen Hohenlohe-Kreis auf den zweiten Platz. Das heißt: Keine andere Region des Freistaats hat die Wirtschaftskrise besser gemeistert als Regensburg.

Durch die sehr breit aufgestellte Wirtschaft hat die vergangene Finanz- und Wirtschaftskrise die Stadt Regensburg erheblich weniger in Mitleidenschaft gezogen als vergleichbare Standorte, wissen Experten. Die Erhebung bescheinigt der Region Regensburg beste Aussichten für die Zukunft.

Wirtschaftliche Dynamik

Die umfassende Studie untersuchte vor allem die wirtschaftliche Dynamik seit dem Ende der Wirtschaftskrise Mitte 2009. Neben der Entwicklung der Arbeitslosenquote flossen unter anderem die Zahlen der Stellenangebote sowie die Steigerung von Umsätzen, Exporten und Auftragseingängen in die Statistik ein. Neben Regensburg konnten sich dabei zwei weitere Landkreise in der ostbayerischen Oberpfalz in den bundesweiten Top 10 platzieren: der bayerisch-tschechische Grenzlandkreis Cham auf Platz 5, Neumarkt südlich von Nürnberg auf Platz 9.

Oberpfalz boomt

Die Wachstumszentren Regensburg, Cham und Neumarkt verhalfen der Oberpfalz in der Zukunftsprognose der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft zum ersten Platz unter den bayerischen Bezirken – deutlich vor Schwaben, Unterfranken und dem viel gelobten Oberbayern. Auch der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer sieht die Oberpfalz als „Top-Aufsteigerregion“ in Bayern. „Der Blick auf die ökonomischen, sozialen und strukturellen Rahmendaten zeigt: Die Oberpfalz boomt“, sagte er bei einem Besuch in der Region.

Viel Lob für Regensburg und die Oberpfalz: Die sehr geringe Arbeitslosenquote, aber auch der breite Branchen- und Unternehmens-Mix ließen „sehr optimistisch in die Zukunft blicken“, lobte der bayerische Ministerpräsident kürzlich bei einem Besuch in der Region. Der jetzt vorgelegte „Chancenindex Bayern“ bestätigt das. Der Ministerpräsident lobte die Oberpfalz mit ihrer Hauptstadt Regensburg als „Motor für die dynamische Entwicklung der Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien“. Eines der wachstumsstärksten Unternehmen ist die Maschinenfabrik Reinhausen. Foto: obx-news

Stabile Industriekultur

Regensburg und vor allem Cham zeigten sich besonders dynamisch, weil es dort eine sehr stabile Industriestruktur gibt, heißt es in der Studie. Als wichtiger Schrittmacher gelte BMW. Daneben gebe es auch starke Unternehmen aus der Energie- und Metall verarbeitenden Branche, mit einer starken Ausstrahlung auf die gesamte Oberpfalz: „Die haben das Beste aus sich gemacht. Die notwendigen Erfolgsfaktoren wurden dort vorbildlich auf die regionale Ebene heruntergebrochen. In Cham gibt es beispielsweise eine optimale Betreuung von Unternehmen“, lobt der Hauptgeschäftsführer des Verbands der bayerischen Wirtschaft, Bertram Brossardt.

Aufwärtsentwicklung

Besonders Regensburg hat in den vergangenen drei Jahrzehnten eine beispielhafte Aufwärtsentwicklung genommen. Die Ansiedlung eines großen Produktionswerks von BMW und der Bau der Universität mit angeschlossenem Klinikum in den 1980er Jahren gelten als Initialzündung für den heutigen viel beachteten Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Regensburg.

Inzwischen sind neben BMW zahlreiche weltweit agierende Unternehmen in Regensburg daheim, etwa eine große Niederlassung des Technologiekonzerns Siemens, die LED-Spezialisten von Osram Opto Semiconductors, der Chip-Hersteller Infineon, der Automobil-Zulieferer Continental sowie die Energietechnik-Spezialisten von Areva und der Maschinenfabrik Reinhausen. Hinzu kommen zahlreiche mittelständische Unternehmen und Firmen-Neugründungen – viele dieser Start-Ups sind im Bereich der Informations- und Biotechnologie aktiv, wie etwa das auf Druckerei-Software spezialisierte Unternehmen One Vision, Geneart – ein Hersteller künstlicher Gene – und Antisense, dessen Anti-Krebs-Wirkstoff kurz vor der Markteinführung steht.

Junge Firmen

In Regensburg wird weiter investiert. Ein US-Technologiekonzern hat erst jüngst eine Entwicklungs- und Produktionsstätte für neuartige, leichte Flugzeugturbinen-Schaufeln in Betrieb genommen. Der erweiterte Bio-Park und der „IT-Inkubator Ostbayern“ sorgen für ein stetiges Anwachsen junger Firmen. Regensburg hat heute annähernd soviel Arbeitsplätze wie Bürger: Auf knapp 150.000 Einwohner kommen etwa 130.000 Jobs. Damit liegt Regensburg auf Platz zwei hinter Frankfurt am Main.

Technologiepark geplant

Die Stadt will weiter alle Hebel in Bewegung setzen, „um in der Spitzengruppe der Zukunftsstandorte Deutschlands zu bleiben“, betont der städtische Wirtschafts- und Finanzreferent Dieter Daminger. So sollen die Fächer Mathematik, Naturwissenschaften und die Ingenieursstudiengänge an der Universität und der Hochschule für angewandte Wissenschaften weiter ausgebaut werden. Auf einem aufgelösten Kasernengelände ist ein Technologiepark geplant.

Herausragende Lebensqualität

In einer Beziehung aber können die Regensburger schon jetzt viele andere Standorte in Deutschland, ja sogar in Europa ausstechen – mit ihrer Lebensqualität. Das bis heute mittelalterlich geprägte Regensburg gilt als eine der schönsten Städte Europas. „Attraktive Lebensbedingungen werden in den nächsten Jahren zum wichtigen Standortvorteil“, sagt Oberbürgermeister Hans Schaidinger. „In diesem Punkt sind wir hervorragend aufgestellt. Regensburg wird auch künftig eine wachsende Stadt mit hervorragenden Zukunftschancen sein.“ Bis zum Jahr 2025 wird der Stadt Regensburg und ihrem Umland ein Zuwachs von 25.000 Einwohnern vorhergesagt. ❐

Niederbayerische Landräte und Oberbürgermeister:

Klares Zeichen in Richtung München

Bei einem Treffen der niederbayerischen Landräte und Oberbürgermeister in Deggendorf übten diese den Schulterschluss für eine starke Region. Bis zum Sommer wollen die Kommunalpolitiker im Dialog mit Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften, Hochschulen, Kirchen und Sozialverbänden ein Konzept vorlegen, das Niederbayern fit für die Zukunft machen soll. Die Ergebnisse sollen der Staatsregierung präsentiert werden.

Christian Bernreiter, Landrat von Deggendorf und Sprecher seiner niederbayerischen Kollegen, betonte, man wolle kein „Gegengutachten“ zu den Vorschlägen des Zukunftsrats erarbeiten. Vielmehr solle dargestellt werden, was wichtig ist für die Region, um die demographische Entwicklung zu bewältigen. Man wolle sich nicht abhängen lassen. Fakt sei, dass sich viele von den Überlegungen des Zukunftsrates vor den Kopf gestoßen fühlten.

Flagge zeigen

Wie Regens Landrat Heinz Wölfl erläuterte, sei es wichtig, das Bewusstsein für die Probleme des ländlichen Raumes zu stärken. Der Freistaat müsse Flagge zeigen. Sein Passauer Kollege Franz Meyer sprach von einer „klaren Botschaft an die Staatsregierung“. Rückendeckung bekamen die Landräte unter anderem von den Oberbürgermeistern Hans Rampf (Landshut) und Markus Pannermayr (Straubing).

Die Arbeit an den niederbayerischen Zukunftsvorschlägen soll der renommierte Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Prof. Herwig Birg begleiten. Auch er kritisierte die Überlegungen des Zukunftsrats, die Großstädte auf Kosten des ländlichen Raums zu stärken. Gleichwertige Lebensverhältnisse hätten Verfassungsrang. Den Begriff Leistungszentren nur auf Großstädte anzuwenden, sei ein Fehler. Auch in Niederbayern werde etwas geleistet.

Birg malte folgendes Szenario: Ohne Zuwanderung würde die Einwohnerzahl in Deutschland von 82 Millionen im Jahr 1995 auf 24 bis 32 Millionen im Jahr 2100 zurückgehen. Diese Entwicklung könne man auf Landkreise übertragen – und sie sei auf absehbare Zeit nicht umkehrbar. Entscheidend für die Bevölkerungsentwicklung in einzelnen Regionen sei deshalb nicht die Geburtenrate, sondern die Zahl der Zu- und Wegzüge. Was der Region drohe, wenn sie nicht gegensteuere, könne man in manchen Gegenden Ostdeutschlands beobachten. Dort werde für manche Orte bereits überlegt, ob sie aufgegeben werden sollen.

Ein „cleveres Zukunftsmanagement“ bescheinigte unterdessen die bayerische Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel den Landräten und Oberbürgermeistern in Niederbayern. „Mit der Entwicklung eines Zukunftskonzepts nimmt Ostbayern den Impuls auf, den wir mit dem Staatssekretärausschuss ‚Ländlicher Raum in Bayern’ in alle Regionen des Freistaats senden“, so die Vorsitzende. „Genau das ist unser Ziel. Wir ermutigen Kommunen im ländlichen Raum, große Zukunftsthemen wie den demografischen Wandel aktiv und selbstbewusst zu gestalten.“

„Wir sind offen für gemeinsame Projekte mit der regionalen Initiative. Unsere Expertise stellen wir dabei gerne zur Verfügung“, erklärte Hessel. Einen Überblick über konkrete Hilfestellung biete das Internet-Portal www.laendlicherraum.bayern.de. Dazu gehöre der Demografie-Leitfaden, mit dem jede Gemeinde mit mehr als 5.000 Einwohnern und jeder Landkreis in Bayern seine individuelle Bevölkerungsprognose abrufen kann.

Kraftvolle Stimme

„Der ländliche Raum braucht eine kraftvolle Stimme, auch innerhalb der bayerischen Staatsregierung. Das zeigen die Ergebnisse des Zukunftsrats, die viele Menschen im ländlichen Raum vor den Kopf gestoßen haben. Mir geht es um ein gutes Miteinander zwischen Stadt und Land. Ich verstehe mich als Anwältin für den ländlichen Raum und werde nicht nachlassen, für gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengerechtigkeit zu kämpfen“, erklärte Hessel. **DK**

Landkreis Miltenberg:

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept schreitet voran

Die ersten beiden Arbeitskreise im Rahmen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes sind erfolgreich angelaufen, teilt Nadja Schillikowski, Fachkraft für Seniorenarbeit am Miltenberger Landratsamt, mit. Die Projektgruppen zur Entwicklung von Richtlinien für die Seniorenbeauftragten und zur Förderung von Seniorenveranstaltungen erarbeiten derzeit erste Richtlinien-Entwürfe, die in der Folge in den Kreisgremien beschlossen werden sollen.

Beim letzten Treffen des Senioren-Netzwerkes im November 2010 waren 28 von insgesamt 66 Handlungsempfehlungen, die in der Zuständigkeit des Landratsamtes liegen, von den Teilnehmern des Senioren-Netzwerkes bewertet worden. Damit seien ein erster Kurs zur Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes in diesem Bereich eingeschlagen und zentrale Anliegen im Bereich Senioren verfolgt worden, so Schillikowski.

Bottom-up-Prinzip

Die beiden Arbeitskreise bestehen jeweils aus Mitgliedern des Senioren-Netzwerkes und Mitarbeitern des Landratsamtes. Nach dem Bottom-up-Prinzip erarbeiten die Projektgruppen so von der Basis aus praxisorientiert und unter Einbeziehung der Experten Leitfäden für die Umsetzung der Aufgaben.

Bestehendes wertschätzen

Besonders wichtig ist den Gruppen, dass Bestehendes gewürdigt und wertgeschätzt wird sowie neue Ideen sowie Vorstellungen aus dem Konzept Eingang finden können. In einem konstruktiven Miteinander werden auf diese Weise Leitlinien für die Seniorenbeauftragten und für Senioren-Veranstaltungen entwickelt. ❐

Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch inmitten von Trachtlern. ❐

Sonderheft Nr. 3 der EDITION BAYERN:

„Phänomen Tracht“

Staatsminister Wolfgang Heubisch betonte vor geladener Presse und Trachtlern in München „Heimatpflege und Weltoffenheit“ als Charakteristikum von Bayerns Charme. Als Wissenschaftsminister, der naturgemäß vor allem für „Hightech, internationale Wissenschaft sowie Spitzenleistungen der Hochkultur“ zuständig sei, freue er sich besonders, dass er auch einen so prägenden und identitätsstiftenden Bereich wie Heimat- und Brauchtumspflege vertreten dürfe.

Der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Dr. Richard Loibl, schlug in seiner Rede den Bogen vom Weißenburger Konfessionsbild 1606 bis in die Gegenwart: „Würde jede Dame ein solches Kleid tragen, gäbe es keine Hässlichkeit mehr.“ So äußerte sich Modekönigin und Modepunk Vivienne Westwood einst über, man lese und staune: das Dirndl. Zu diesem Zeitpunkt hatte bereits eine gewisse Silvia Sommerlath im fröhlich-türkisen, von Otl Aicher entworfenen Olympia-Dirndl, das Herz des schwedischen Thronfolgers erobert – ob das Dirndl hier auch eine Rolle spielte? Zweifelsohne war Tracht 1972 schon lange mehr als „bloß s’oid Gwand spazierntragn“.

Brauchtumspflege

Otto Dufter, 1. Landesvorsitzender des Bayerischen Trachtenverbandes, betonte wie wichtig es sei, dass die Brauchtumspflege zwar „von unten“, aus der Bevölkerung heraus, betrieben werde. Gleichzeitig dürfe die Förderung der öffentlichen Hand und des Freistaates nicht vernachlässigt werden.

Lebendiger zeitlicher Bogen

Der dritte Band der EDITION BAYERN widmet sich in lebendigen, reich bebilderten Texten dem „Phänomen Tracht“. Dabei schlagen die Autorinnen und Autoren den zeitlichen Bogen von den Anfängen der Tracht als „Nationalcostüm“ im 17. Jahrhundert bis hin zu den „modisch“ genannten Auswüchsen, die man heute auf dem Oktoberfest sehen kann. Wobei man wieder beim „Costüm“ wäre. Doch Tracht ist auch heute noch weit mehr als Ethnolook, Mode für Oktoberfest-Touristen oder „s’oide Gwand“. Dank der Trachtenvereine, die Brauchtum, Tradition und Tracht pflegen und beleben.
Alle bereits erschienenen Hefte stehen unter http://www.hdbg.de/magazin/ in einer digitalen Ausgabe zur Verfügung. ❐

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:

Expertenkonferenz in Lindau

Gemeinsame Präsentation der Interreg-Programme „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ und „Bayern-Österreich“

Novum in der Geschichte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Grenzbereich zwischen Deutschland, Österreich, der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein: In Lindau fand eine gemeinsame Expertenkonferenz der an den beiden Interreg-Programmen „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ und „Bayern-Österreich“ beteiligten Programmpartnerländer statt. Leitthema der Veranstaltung war die „Zukunft der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit nach 2013“.

Nachdem der Lindauer Landrat Elmar Stegmann eingangs den Nutzen und den Mehrwert der grenzübergreifenden nachbarlichen Zusammenarbeit hervorgehoben hatte, gab Dr. Henning Arp von der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München Informationen über die mögliche Ausrichtung der künftigen grenzüberschreitenden Kooperation.

Kohäsionspolitik

Als Ansätze für die zukünftige Kohäsionspolitik nannte Arp unter anderem die Verbesserung des europäischen Mehrwerts sowie Partnerschaft und territorialen Zusammenhalt. Neben einer stärkeren Gewichtsverlagerung auf neue Finanzinstrumente müsse das Augenmerk auf mehr Leistungs- und Ergebnisorientierung gelegt werden. Dazu kämen die Stärkung des Partnerschaftsprinzips (bessere Einbindung der lokalen und regionalen Akteure, der Sozialpartner, der Zivilgesellschaft), die stärkere Beachtung „funktionaler“ Räume sowie die „Wiederentdeckung“ der integrierten Stadtentwicklung. Auch sei auf eine Vereinfachung des finanziellen Managements ebenso zu achten wie auf die Reduzierung des Verwaltungsaufwands, die Vereinfachung der Finanzdisziplin und die Neuregelung der Finanzkontrolle.

Stand der Umsetzung

Dr. Tobias Schneider vom Regierungspräsidium Tübingen und Robert Schrötter vom Amt der Oberösterreichischen Landesregierung berichteten ihrerseits über den Umsetzungsstand der in den Jahren 2007 bis 2013 laufenden Interreg-Programme „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ und „Bayern-Österreich“. Beide Programme verfügen über EU-Fördermittel in Höhe von rund 78 Millionen. Im Interreg-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ wurden bisher 73 Projekte genehmigt und damit rund 20 Millionen Euro EU- und rund sechs Millionen Euro Schweizer Fördermittel gebunden. Im Interreg-Programm „Bayern-Österreich“ wurden bisher 88 Projekte mit einem EU-Fördervolumen von über 34 Millionen Euro bewilligt.

Beispielhaft präsentierten sich schließlich die grenzüberschreitend organisierten Projekte „Energieeffizienzgemeinden“ und „Allgäu & Außenfern barrierefrei“ auch mit Blick auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Partnern auf der anderen Seite der Grenze.

Barrierefreier Urlaub

„Allgäu & Außerfern barrierefrei“ ist eine gemeinsame Initiative des Allgäus und des Bezirks Außerfern in Österreich. Beide Regionen wollen sich dafür einsetzen, dass künftig auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität uneingeschränkt Urlaub machen können. In der ersten Phase des Projekts wurden im vergangenen Jahr interessierte Bürger zwei Monate lang zu sog. Erfassern ausgebildet und mit den Vorgaben der Barrierefreiheit vertraut gemacht. Dabei wurden Daten bei öffentlichen Einrichtungen, Hotels und Gastronomie, Einzelhandel und Freizeiteinrichtungen erhoben. Die Daten sollen auch Basis für eine mittelfristig barrierefreie Infrastruktur in der gesamten Projektregion sein. Nunmehr sind über 60 Personen in den Regionen unterwegs, um öffentlich zugängliche Einrichtungen unter den Kriterien der Barrierefreiheit zu erfassen. In der Auswertung und späteren Entwicklung von touristisch geprägten Angeboten ist der Vernetzungsgedanke besonders wichtig.

Wie Schneider und Schrötter konstatierten, belebten Initiativen wie diese den Grenzraum, stärkten das Verständnis für die Belange und Interessen auf der anderen Seite der Grenze und gäben die Möglichkeit, voneinander zu lernen. Europa werde so konkret erlebbar. Kaum ein Programm sei hierfür besser geeignet als Interreg. **DK**

650 Jahre Grafenwöhr:

In bester Feierlaune

Heuer liegt die erste urkundliche Erwähnung Grafenwöhrs 650 Jahre zurück. Dies ist ein Anlass für die oberpfälzische Stadt, ihre Gründung groß zu feiern. Im Kultur- und Militärmuseum wird ihre Geschichte in einer Sonderausstellung präsentiert. Zu Ostern 2011 erscheint die neue Chronik der Stadt.

„Wir wollen unsere Stadt mit kreativen Ideen zukunftsfähig gestalten“, betonte Bürgermeister Helmuth Wächter beim traditionellen Neujahrsempfang. So sollen der Schulsportplatz erneuert, Gemeindestraßen ausgebaut und auch die Mittelschule energetisch saniert werden. Die Stadt wird nach 1994 und 2001 zum dritten Mal Schauplatz der Gewerbeschau PEGA sein. Die Messe wird Ende April für drei Tage ihre Pforten öffnen. Auch im vergangenen Jahr wurde bereits kräftig investiert: So stellte man das neue Feuerwehrgerätehaus fertig; zudem wurden die Turnhalle energetisch saniert und die Dorferneuerung im Ortsteil Gmünd in Angriff genommen.

Start am Silvesterabend

Die Feierlichkeiten wurden bereits am Silvesterabend 2010 mit einer Silvesterparty am Marktplatz eingeläutet. Um Mitternacht verschenkte die Stadt Grafenwöhr 650 Sektgläser mit eingraviertem Jubiläumslogo samt Inhalt an die Besucher. Anfang Januar folgte ein Neujahrs-Konzert der berühmten Don Kosaken in der alten Pfarrkirche. Im Mai wird der Musikverein „Klingende Töne“ erstmals ein Konzert im Stadtpark geben. Ebenfalls ein Novum ist das „Waldkinderfest“ rund um das Gebiet „Bierlohe“, an dem sich zahlreiche Vereine und die Kindergärten beteiligen werden.

Im Rahmen des Jubiläumswochenendes Anfang Juni werden am Kulturhügel zwei Bands spielen, wovon eine auch überregional einen hohen Bekanntheitsgrad hat. Ein besonderes Luft-Theater sorgt für einen weiteren Höhepunkt. Die Feierlichkeiten am Wochenende sind in verschiedene Themenbereiche eingeteilt.

Geschichte erleben

So kann bei einem Gang durch die Altstadt Geschichte erlebt werden. Alle Vereine können auch für ihre gewohnten jährlichen Feste eigens für dieses Jahr gestaltete Plakate mit dem Logo bei der Druckerei abrufen und für ihre jeweilige Veranstaltung nutzen. Darüber hinaus hat die Stadt ein Briefpapier mit dem Logo drucken lassen. Im August soll mit einem Open Air für ein weiteres Highlight gesorgt werden. Darüber hinaus wird die Volkshochschule einen Nähkurs für die Herstellung historischer Gewänder anbieten.

Veranstaltungshinweise

Seit kurzem begrüßt ein neues Kunstwerk, ein vier Meter hoher, lächelnder Wasserturm mit dem Logo „650 Jahre Stadt Grafenwöhr“ in der Hand die Autofahrer auf den vier Zufahrten zu Grafenwöhr. Der Wasserturm ist freilich nicht nur als Blickfang gedacht. Dort werden auch die Hinweise auf die nächsten geplanten Veranstaltungen der Stadt angebracht. **DK**

Historische Ansicht des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr mit dem Wahrzeichen der Stadt, dem Wasserturm. ❐

Bürgermeisterin Elisabeth Ziegler bei der Eröffnung mit den „Freunden von Schleißheim“. ❐

Vielfalt im Landkreis München

Gemeinde Oberschleißheim stellt im Landratsamt aus

„Lebenswert – liebenswert“: Unter diesem Motto hat die Landrätin des Landkreises München, Johanna Rumschöttel, gemeinsam mit der Ersten Bürgermeisterin der Gemeinde Oberschleißheim, Elisabeth Ziegler, eine Ausstellung eröffnet, in der sich die 1225 Jahre alte Gemeinde mit ihren Schönheiten und Besonderheiten vorstellt.

Die Präsentation ist eine geschichtliche „Zeit- und Bilderreise“ durch Oberschleißheim, das nicht nur Herrscher zum verweilen eingeladen hat, sondern auch zahlreiche Künstler inspiriert hat. Zu bestaunen gibt es auch eine kleine, feine Auswahl dieser Kunstwerke.

Neue Ortschronik

Mitgebracht hat die Gemeinde neben den Exponaten auch die neue Ortschronik, die zum 1225. Geburtstag von Oberschleißheim erschienen ist - ein mehr als 550 Seiten umfassendes Werk, das Geschichte und Geschichten aus Oberschleißheim von den Hügelgräbern der Hallstattzeit bis ins Jahr 2010 fakten- und farbenreich beschreibt.

Doppelter Hörgenuss

Für gleich doppelten heimatlichen Hörgenuss sorgten am Eröffnungsabend die Fanfarenbläser der „Schleißheimer Schloßpfeiffer“ und die Gockl-blockmusi, und als Augenweide prominierten drei der „Freunde von Schleißheim“, die mit ihren historischen Kostümen einen wahrhaft höfischen Akzent setzten. Die Schau ist wochentags bis 10. März 2011 von 8.30 bis 17.30 Uhr in den verschiedenen Stockwerken des Gebäudeteils A zu sehen und ist die zweite einer Ausstellungsserie, bei der jede der 29 Kommunen des Landkreises München die Möglichkeit hat, sich in den nächsten Jahren im Landratsamt zu präsentieren. ❐

BAYERISCHE GemeindeZeitung
ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Werner Bumeder (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 01.01.2011
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Druck und Auslieferung:
Pressedruck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Leitbild-Prozess Landkreis Fürstenfeldbruck:

Steuerungsgruppe nimmt Arbeit auf

Kernthemen festgelegt - Entscheidung über Eckpunkte zum Projektfahrplan

Die Steuerungsgruppe zur Entwicklung eines Leitbildes für den Landkreis Fürstenfeldbruck hat jüngst ihre Arbeit aufgenommen. „Gutes handeln setzt Ziele voraus. Um den Landkreis Fürstenfeldbruck für die Zukunft optimal auszurichten, sind diese zu definieren, Strategien festzulegen und Maßnahmen umzusetzen“, so die einführenden Worte zum Leitbild-Prozess von Landrat Thomas Karmasin.

Dieser hatte die Moderation für die konstituierende Sitzung selbst übernommen und nach einer kurzen Einführung zum bisherigen Werdegang des Gesamtprojektes zielstrebig auf das Kernstück übergeleitet. Auf der Grundlage der bereits erstellten Stärken-Schwächenanalyse galt es für die Beteiligten. max. fünf Themenfelder auszuwählen. Das Ergebnis lautete wie folgt:

- Wirtschaft, ergänzt mit den Bereichen Energie, Tourismus, Freizeit und Erholung
- Bildung und Kultur
- Familie, Soziales und Gesundheit
- Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur sowie Verkehr, ergänzt um den Bereich Naturschutz
- Öffentliche Haushalte und Leistungsfelder sowie die Rolle der öffentlichen Hand.

Differenzierte Betrachtung

Im nächsten Schritt werden nun dazu Arbeitsgruppen personell besetzt und eingerichtet, damit die einzelnen Themenbereiche differenzierter betrachtet und aus den jeweiligen Visionen, Ziele und Leitsätze erarbeitet werden können. Damit effektives und effizientes Arbeiten möglich ist, beschloss die Steuerungsgruppe, vorerst pro Arbeitsgruppe acht bis zehn Mitglieder zu bestellen und für Einzelaspekte jeweils weitere Experten je nach Bedarf hinzuzunehmen. Bereits zum ersten Treffen der einzelnen Arbeitsgruppen sind die Mitbürgerinnen und Mitbürger eingeladen, mitzuwirken.

Ehrgeiziges Ziel aller Verantwortlichen ist, dass dem Kreistag ein abgestimmtes Leitbild vorgelegt und bis Mitte 2012 über einzelne Projekte und Maßnahmen sowie deren Strategien entschieden werden kann. Im Anschluss ist eine schnelle, erfolgreiche Umsetzung vorgesehen.

Breite Beteiligung

Große Bedeutung maß die Steuerungsgruppe den Überlegungen bei, den Leitbild-Prozess von Anfang an mit breiter Beteiligung der Mitbürgerinnen und Mitbürger anzulegen. So könne sichergestellt werden, dass keine wichtigen Einzelaspekte vergessen werden und der Prozess größtmögliche Transparenz und Glaubwürdigkeit erlangt. Um die Bevölkerung frühzeitig zu informieren und umfassend einzubinden, sollen neben der Information über die Presse auf der Homepage des Landratsamtes regelmäßig der aktuelle Stand und die Termine zu den Sitzungen der Arbeitsgruppen veröffentlicht werden. Ausdrücklich positiv wurde das bereits jetzt schon große Interesse der Medien bewertet. Großen Wert legte die Steuerungsgruppe darauf, die Bürgerinnen und Bürger am Prozess zu beteiligen und nicht nur Ergebnisse zu veröffentlichen, um dadurch eine uneingeschränkte Transparenz der Leitbilddiskussion sicherzustellen.

Mitarbeit

Mitbürgerinnen und Mitbürger, die an der Mitarbeit in einer der Arbeitsgruppen interessiert sind, können sich ab sofort telefonisch unter Tel. 08141/519-947, per E-Mail an die Adresse leitbildprozess@lra-ffb.de oder schriftlich an das Landratsamt Fürstenfeldbruck, Stichwort Leitbildprozess, Münchner Str. 32, 82256 Fürstenfeldbruck melden.

Drei Gruppierungen

Der Steuerungsgruppe setzt sich aus drei Gruppierungen zusammen: Dazu gehören der Landrat, seine Stellvertreter sowie Mitglieder aller Fraktionen des Kreistages: Christina Claus (Grüne), Martina Drechsler (CSU), Kathrin Sonnenholzner (SPD), Erwin Dobner (ÖDP), Max Keil (UBV), Dr. Klaus Rehbock (FDP), Frederik Röder (CSU) und Dr. Michael Schanderl (FW). Die Gruppe der Bürgermeister wird vertreten von Reiner Dunkel (Althegnenberg), Hubert Jung (Eichenau), Dieter Rubenbauer (Gröbenzell) und Johann Thurner (Mammendorf). Die dritten im Bunde bilden Vertreter der Verwaltung aus den Abteilungen Bau und Umwelt, Wirtschaftsförderung, Kultur und Soziales und Öffentlichkeitsarbeit, um eine schnelle, wirksame und abgestimmte Öffentlichkeitsbeteiligung sicherzustellen. ❐

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Andere Länder, andere Sitten. Die grundsätzlichen Probleme sind ja doch überall gleich, auch wenn sie in unterschiedlichen Ausprägungen daherkommen - und die Lösungsansätze der anderen sind manchmal verblüffend.“ Mein Chef, der Bürgermeister, besuchte einen Workshop zu Fragen des öffentlichen Nahverkehrs, in dem Besonderheiten verschiedener Länder vorgestellt wurden.

Bemerkenswert war ein Vortrag zum Thema Rücksichtnahme im öffentlichen Nahverkehr. Die Themenstellung hier war weit gespannt, von echten zwischenmenschlichen Interaktionen bis hin zu handfesten betriebswirtschaftlichen Folgerungen. Etwas skurril war die Information von den Prager Verkehrsbetrieben, die jetzt versuchsweise für je 1.000 Euro in fünf Busse Duftstoffbehälter und Zerstäuber einbauen.

Kampagne für mehr Rücksichtnahme

Über das Ventilationssystem soll künftig ein Duftgemisch aus Zimt und Zitrone, das entfernt nach Glühwein duftet, fein verteilt in die Busse gesprüht werden. Ziel ist es, dass dieses Gemisch den unangenehmen Geruch mancher Passagiere überdecken soll, da sich viele Fahrgäste über streng riechende Achselhöhlen ihrer Mitfahrer beschwert haben. Die größte Herausforderung dürfte sein, das richtige Maß zu finden, damit die Duftwolke intensiv genug ist, die Schweißschwaden zu überdecken, ohne selbst unangenehm aufdringlich zu wirken.

Es ist schon seltsam, dass solche Maßnahmen überhaupt in Erwägung gezogen werden müssen. Natürlich ist persönliche Hygiene nicht jedermanns Sache und Deodorants verträgt auch nicht jeder Hauttyp gleich gut. Aber eigentlich ist es doch ein Gebot der Rücksichtnahme, nicht stinkend in die Öffentlichkeit zu gehen.

Rücksichtnahme jedoch ist eine aussterbende Tugend. Ich möchte nicht wissen, welchen betriebswirtschaftlichen Schaden das dauernde Drängeln und rücksichtslose Verhalten beim Einsteigen in Busse und Bahnen verursacht. Ich sage nur: Überflüssige Standzeiten und Verspätungen! Nun ist es in Deutschland ja nie so militärisch exakt beim Warten am Bushäuschen zugegangen wie im Mutterland des Individualismus, in England, wo über viele Jahre zu den ethnologischen Typisierungen das disziplinierte Anstehen in der „queue“ vor dem Einsteigen gehörte. Vorbei, auch auf der Insel gelten mittlerweile die bei uns zu beobachtenden Verhaltensweisen der Kampfpendler, die sich mit aller Gewalt als erste vor die Einstiegstür drängen, den Aussteigenden erst mal den Weg nach draußen versperren und sich dann, wenn sie glücklich in Bus oder Bahn gelandet sind, so strategisch am Ausgang für ein zeitgerechtes Verlassen an ihrer Haltestelle platzieren, dass für die Nachrückenden nur mehr ein schmaler Einstiegsschlitz bleibt.

Durchgehen in die Mitte des Busses? Gibt's nur, wenn der Fahrer raunzt „Jetzt geht's halt in d'Mittn, sonst kumma ja nia weg.“ Aufstehen für eine ältere Person oder eine Schwangere? Gibt's noch vereinzelt in der Generation 40+ und bei jungen Migranten, die in der Furcht vor den Altvorderen erzogen werden. Einsteigehilfe für Personen mit Kinderwagen oder im Rollstuhl? Die werden entweder auf den in 10 Minuten ankommenden Niederflurbus verwiesen, oder die Hilfe wird unter großem Gezeter geleistet und begleitet von der laut geäußerten Frage, wieso heutzutage nicht alle Busse behindertenfreundlich ausgestattet sind (wobei großzügig darüber hinwegzusehen ist, dass Kinderwagen keine Behinderung sind, sondern unser aller Fahrkarte in die Zukunft).

Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich fest vorgenommen, eine Kampagne für mehr Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit im öffentlichen Personennahverkehr zu starten. Denn der Tag beginnt doch ganz anders, wenn der Ellenbogeneinsatz, das Ankäsen und die Ruppigkeit nicht schon im Bus beginnen. Schneller und sicherer kommen übrigens alle ans Ziel, wenn man gelassen und nicht verbissen Bus fährt. Als Ansporn leiste ich mir den Streich und lege dem Chef das heutige Kalenderblatt mit einem Satz von Heinrich Zille auf den Schreibtisch: „Jeder schließt von sich auf andere und berücksichtigt dabei nicht, dass es auch anständige Menschen gibt.“

Ihre Sabrina

Dillingen:

Neues Hochleistungs-Breitbandnetz

LEW TelNet und M-net setzen Projekt um - Freistaat fördert Infrastruktur

Bürger und Unternehmen in Dillingens Stadtteilen Fristingen, Kicklingen und Steinheim verfügen künftig über Höchstleistungsanschlüsse ans Internet. Oberbürgermeister Frank Kunz, Dr. Markus Litpher, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG und M-net Geschäftsführer Anton Gleich unterzeichneten jüngst den Kooperationsvertrag für Bau und Betrieb eines Hochleistungs-Breitbandnetzes in den Stadtteilen.

Die Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke, und M-net, setzen das Projekt gemeinsam um. Der Freistaat Bayern fördert das Projekt im Rahmen seines Programms zum Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum. An den Investitionen für den Aufbau des neuen Breitbandnetzes beteiligen sich außerdem die Stadt sowie die beiden beteiligten Unternehmen.

Neue Leitungen aus Glasfaser und Kupfer

Für das Breitband-Projekt wird LEW TelNet in Dillingen neue Glasfaser- und Kupferleitungen verlegen. Sie verbinden künftig die vorhandenen Telefonleitungen mit dem Breitbandnetz der LEW TelNet und ermöglichen so die hohen Übertragungsraten. Die Bauarbeiten beginnen voraussichtlich im 3. Quartal. Die Inbetriebnahme des Netzes startet noch in diesem Jahr.

M-net übernimmt den Aufbau und die Implementierung des technischen Equipments zur Realisierung der innovativen VDSL-Technologie. Nach Abschluss der Arbeiten wird M-net in den Stadtteilen hochmoderne Internetzugänge mit einer Geschwindigkeit von bis zu 50 Mbit/s – ein Vielfaches dessen, was ein Standard-DSL-Anschluss heute zu leisten vermag – sowie Telefoniedienste bereitstellen.

„Bisher kamen Unternehmen und Haushalte in Fristingen, Kicklingen und Steinheim nur im Schneckentempo ins Internet - das wird sich nun endlich ändern“, sagte Oberbürgermeister Frank Kunz. „Für uns ist das ein wichtiger Schritt, denn die Standortattraktivität hängt heute entscheidend von der Internetanbindung ab. Mit dem Glasfasernetz verfügen wir in den Stadtteilen über eine zukunftssichere Infrastruktur.“

35. Projekt in der Region

LEW TelNet setzt in Dillingen bereits das 35. Breitband-Projekt in der Region um, von denen vier bereits in Betrieb sind und weitere in diesem Jahr in Betrieb gehen. „Wir binden hier, wie auch bei unseren anderen Projekten, die Stadtteile über Glasfaserleitungen ans Internet an. Diese Infrastruktur erlaubt höchste Bandbreiten und erfüllt hinsichtlich der Übertragungskapazität alle Anforderungen der kommenden Jahre“, sagte LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher. „Dillingen hat sich damit für ein zukunftssicheres Konzept zur Breitbandanbindung entschieden. Die Basis für einen weiteren Ausbau der Glasfaserinfrastruktur wird mit diesem Projekt geschaffen.“ ❐

Auf der Datenautobahn ist Oberottmarshausen nun auf der Überholspur: Mit einem symbolischen Knopfdruck ging das neue Breitbandnetz in der Gemeinde im Landkreis Augsburg in Betrieb. Im Bild (v. l.) Anton Gleich, Geschäftsführer M-net, Oberottmarshausens Bürgermeister Gerhard Mößner, Max Strehle, Abgeordneter im Bayerischen Landtag und stellvertretender Landrat des Landkreises Augsburg, und Erna-Maria Trixl, Geschäftsführerin LEW TelNet. Bild: LEW/Bleier

„Ich meine, ich hab's richtig gemacht“

Wertvolles Faksimile der Handschrift C des Nibelungenliedes findet nach 500 Jahren nach Memmingen zurück

Im Rahmen eines Festaktes im Memminger Rathaus überreichte der ehemalige Stadtrat Erich Häring jüngst eine wertvolle Faksimile der Handschrift C des Nibelungenliedes dem Oberbürgermeister der Stadt Dr. Ivo Holzinger.

Dem Memminger Bürger Erich Häring ist es in den 80er-Jahren gelungen, ein wertvolles Faksimile der Handschrift C aus dem Jahre 1968 zu erwerben. Nach Aussage von Häring handelt es sich bei diesem Schriftstück um eine täuschend echte „Kopie“ der Urschrift. So wurde es bereits in einer Ausstellung direkt neben dem Original präsentiert, das sich seit dem Jahr 2001 im Besitz der Badischen Landesbibliothek befindet.

Eindrucksvoll referierte Dr. Obhof über die Geschichte des Heldenepos und erklärte, wie präzise das Originalwerk gefertigt wurde. „Die Schrift wurde von einer einzigen Hand äußerst gleichmäßig auf hohem kalligraphischem Niveau ausgeführt.“

Besitzvermerk

Sowohl das Original wie auch das Faksimile tragen einen Besitzvermerk aus der Zeit um 1450, der unmittelbar nach Memmingen verweist. „Hainrichen Durricher ist dies Buch“, so heißt es in dieser handschriftlichen Eintragung auf der ersten Seite, die den Memminger Ratsherrn Hainrich Durricher als Eigentümer der Schrift vermerkt. Hainrich Durricher war Mitglied einer Memminger Patrizierfamilie, in dessen Besitz das Buch lange Zeit war.

Den Entschluss, das wertvolle Buch seiner Heimatstadt zu schenken, begründete der 86-Jährige damit, dass er in seinem Alter angehalten sei, sein Haus zu bestellen. Häring entschied sich dafür, das Faksimile seiner Heimatstadt zu schenken. „Ich meine, ich hab's richtig gemacht.“ Mit diesen Worten schloss der ehemalige Stadtrat seine Rede und übergab das Faksimile feierlich dem Oberbürgermeister. „Ich freue mich sehr, dass wir für die wissenschaftliche Bibliothek dieses Schriftstück erhalten“. Dr. Holzinger bedankte sich auch im Namen des Stadtrates und der Verwaltung und überreichte dem großzügigen Spender eine kleine Freiheitspreismedaille der Stadt Memmingen. ❐

Nach der Übergabe des Faksimiles von Erich Häring überzeugte sich Oberbürgermeister Dr. Holzinger selbst vom eindrucksvollen Schriftbild. Der Rathauschef freute sich über die großzügige Spende. V. l.: Dr. Ute Obhof, Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, Erich Häring, Hildegard Häring. ❐

Oberfränkische Landräte:

Zukunftsrat und Städtebauförderung

Bad Rodach. Bei der Sitzung des Bezirksverbandes Oberfranken des Bayerischen Landkreistages in Bad Rodach befassten sich die Landräte unter anderem mit dem in den Medien heftig kritisierten Bericht des Zukunftsrates der Bayerischen Staatsregierung. Die oberfränkischen Landräte waren nicht glücklich über die zum Teil sehr schlagzeilenträchtige und plakative Darstellung dieses wichtigen Themas.

Deshalb wird auf Initiative des Bezirksverbandsvorsitzenden Landrat Reinhard Leutner (Lichtenfels) das knapp 100 Seiten umfassende Strategiepapier des Zukunftsrates erst einmal im Detail analysiert. Dazu werden die Landräte ihre Fachleute aus den oberfränkischen Landratsämtern, vor allem Wirtschaftsförderer, Regionalentwickler bzw. Kreisentwickler, auffordern, Änderungswünsche und Einschätzungen zusammenzutragen, um den Landräten dann eine Empfehlung an die Hand zu geben, wie die Aussagen des Zukunftsrates aus oberfränkischer Sicht zu bewerten sind.

Möglichen Imageschaden beheben

Die geplante erste Zusammenkunft einer Arbeitsgruppe der oberfränkischen Landkreise dient auch dazu, einen möglichen Imageschaden durch die plakative Berichterstattung zu beheben und die Forderungen Oberfrankens an die Landespolitik konkret zu formulieren. Wie Landrat Reinhard Leutner bei der Sitzung in Bad Rodach bekannt gab, hat er schon im Vorfeld bei der Staatsregierung moniert, dass dem 22-köpfigen Beratergremium kein Mitglied aus Oberfranken angehört. „Dennoch“, so Leutner, „geht es jetzt darum, die Thesen des Beratergremiums der Landesregierung erst einmal genau anzuschauen, bevor offiziell dazu Stellung genommen wird.“

Die oberfränkischen Landräte informierten sich bei der Sitzung auch über das von Oberfranken Offensiv initiierte Internetportal „Familienland-Oberfranken“, das derzeit im Aufbau begriffen ist. Ziel ist die Darstellung Oberfrankens als familienfreundliche Region und eine Stärkung der oberfränkischen Identität.

Interkommunale Zusammenarbeit

Regierungspräsident Wilhelm Wenning und Abteilungsdirektor Hümmer von der Regierung von Oberfranken informierten die Landräte über Möglichkeiten der Interkommunalen Zusammenarbeit. Hier ist in Oberfranken schon viel geschehen (als Beispiele wurden der regioMed-Verbund der Kliniken, die Zusammenschlüsse der Sparkassen sowie zahlreiche Zweckverbände im Bereich Abfallentsorgung bzw. Wasserversorgung genannt).

Gerade auf den gemeindlichen Sektor gibt es aber noch viele weitere Kooperationsmöglichkeiten, z. B. im Bereich Umwelt und Energie, Tourismus, Aus- und Fortbildung bzw. EDV.

Was die Mittel für die Städtebauförderung betrifft, resümierten die oberfränkischen Landräte, dass die Kürzungen erfreulicherweise nicht so drastisch ausgefallen sind, wie sich das ursprünglich abgezeichnet hat. Auch hier hatte Landrat Leutner als Vorsitzender des Bezirksverbandes in München und bei den zuständigen Bundestagsabgeordneten in Berlin interveniert. ❐

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 3. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen**
- **Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV**
- **Kommunalfahrzeuge**
- **Handwerkliche Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**

Geigen für Grundschüler

Fürs Musizieren ist es gleich, welche Sprache das Kind spricht - Musik verbindet. Das ist kurz gesagt die Grundidee von Karl Höldrich, Leiter der Musikschule Pfaffenwinkel e.V. (Bildmitte). Oliver Ottow, Vertriebsleiter Süd erdgasschwaben (links hinten) hilft diese Idee in die Tat umzusetzen.

„Die Spende von erdgasschwaben fließt direkt in das Projekt „Musik für ALLE – Musik mit ALLEN, einer Kooperation mit der Grundschule Schongau“, bedankte sich der Vorsitzende des Fördervereins Musikschule Dr. Erwin Krauthauf (rechts) bei der Scheckübergabe durch Oliver Ottow. Dieser übergab 500 Euro, die der Musikschule Pfaffenwinkel e. V. helfen, gemeinsam mit der Grundschule Schongau Projekte und Instrumente für Schüler aus allen Klassen zu finanzieren. „Für alle Projekte, die nicht aus dem ordentlichen Haushalt zu bezahlen sind, müssen Spenden von Sponsoren und Spenden aus Veranstaltungen gesammelt werden, um diese zu finanzieren“, erläuterte Krauthauf.

135 Mitglieder stark ist der Verein „Freunde der Musikschule Pfaffenwinkel“, der hinter der Musikschule steht und hilft, die fehlenden Mittel zu sammeln. Karl Höldrich, Leiter der Musikschule bringt es auf den Punkt: „Wir brauchen für unsere Arbeit die langfristige Partnerschaft mit unseren Sponsoren, da die Kooperation mit den Schulen der Stadt und der umgebenden Gemeinden im musikalischen Bereich dauerhaft sein muss.“

Musikalisch begleitet wurde die Scheckübergabe von Tobias Beer (im Bild vorne). Der 16-Jährige ist Klavierschüler in der Klasse Katja Brandl an der Musikschule Pfaffenwinkel und 1. Preisträger beim Wettbewerb „Jugend musiziert 2011“. ❐

Radio Trausnitz:

App mit Bürgerreporter-Funktionen

Mit seiner neuen App für das iPhone macht Radio Trausnitz in Landshut einen wegweisenden Schritt in die digitale Zukunft des lokalen Rundfunks. Medien müssen in der heutigen Zeit mobil immer erreichbar sein. Der Weg über die App auf Smartphones ist inzwischen absolut üblich.

Mit seiner neuen App geht Radio Trausnitz noch einen Schritt weiter. Nun ist der Sender auch immer für seine Hörer direkt erreichbar. Neben den üblichen Angeboten wie Lokalnachrichten, Verkehrsmeldungen, Wettervorhersagen und Blitzerdienst gibt das regionale Radio aus Niederbayern seinen Hörern in Zukunft die Möglichkeit, über die App dem Sender Textnachrichten, Bilder, Videos und gesprochenes Wort zu schicken. Die Nutzer werden damit noch enger in das Programm eingebunden, sie haben die Möglichkeit, schnell und unkompliziert ihre Beobachtungen, Eindrücke und Meinungen an den Sender zu schicken. Im Frühjahr wird Radio Trausnitz beginnen, die Beiträge der Hörer regelmäßig ON Air und Online einzubinden. Die App ist ab sofort kostenlos im App-Store bei iTunes erhältlich. ❐

Neue Bürgermeister

Der Kandidat der Freien Bürgerschaft und der Aktiven Bürger, Thomas Kleinschmidt, ist neuer Bürgermeister von Wasserburg am Bodensee. Der 43-Jährige aus München siegte mit 53,5 Prozent gegen den Lohrer CSU-Ortsvorsitzenden Dirk Rieb (46,7 Prozent). Die Wahl war notwendig geworden, da der bisherige Amtsinhaber Thomas Eigstler als Rathauschef nach Wiggensbach im Allgäu gewechselt war.

Franz Xaver Steininger heißt der neue Bürgermeister der niederbayerischen Stadt Zwiesel. Der parteilose Kandidat setzte sich in einer Stichwahl mit 60,6 Prozent der Stimmen gegen seinen CSU-Kontrahenten Eugen Stadler durch, der 39,4 Prozent auf sich vereinen konnte. Das bisherige Stadtoberhaupt Robert Zettner (CSU) hatte sein Amt wegen einer schweren Erkrankung niedergelegt.

Nach 24 Jahren bekommt auch die 5000-Einwohner-Gemeinde Stockheim in Oberfranken einen neuen Bürgermeister. Der 52-jährige Diplom-Verwaltungswirt Rainer Detsch von den Freien Wählern machte mit 52,4 Prozent der Stimmen das Rennen. Er siegte gegen Amtsinhaber Albert Rubel (CSU), der 47,6 Prozent bekam. Detsch war bereits seit 2008 zweiter Bürgermeister von Stockheim. **DK**

Vereinbarung zur Volksmusik

Uffenheim - Was seit drei Jahrzehnten per Handschlag gilt, wurde nun mit einem Vertrag besiegelt: Die drei Bezirke Mittel-, Ober- und Unterfranken tragen die Forschungsstelle für fränkische Volksmusik gemeinsam. Die für die fränkische Volksmusikpflege unersetzliche Einrichtung des Bezirks Mittelfranken wird damit langfristig gesichert. Bezirkstagspräsident Richard Bartsch drückte seinen Kollegen, den Bezirkstagspräsidenten Dr. Günther Denzler und Erwin Dotzel, seinen Dank und Respekt aus: „Es ist keineswegs selbstverständlich, eine Einrichtung mitzutragen, die nicht im eigenen Bezirk liegt - und das bei einer Aufgabe, die sonst niemand macht.“

Die Forschungsstelle für fränkische Volksmusik mit Sitz in Uffenheim beherbergt unter der Leitung von Dr. Armin Griebel ein Notenarchiv mit tausenden Schriften, eine Instrumentensammlung mit historischen Raritäten, mehrere tausend Schellacks und Vinylplatten sowie eine gut sortierte Fachbibliothek. Mittels moderner Computertechnik können Fachleute wie Laien beispielsweise nach alten Liedtexten suchen. Die Forschungsergebnisse erscheinen in einer eigenen Veröffentlichungsreihe. Lieder- und Notenausgaben sind so konzipiert, dass sie für die Forschung und die musikalische Praxis verwertbar sind. Näheres unter www.volksmusik-forschung.de ❐

Von links: Die drei fränkischen Bezirkstagspräsidenten Erwin Dotzel (Unterfranken), Richard Bartsch (Mittelfranken) und Dr. Günther Denzler (Oberfranken). ❐

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
Telefon 07195/69330 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufsbekleidung

bardusch
Textil-Mietdienste
Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL BENZ® SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER ☎ 05326 / 502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE
Franz Sedlmeier
Inhaber
Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de
Mitglied im Europäischen Verband der Energie- und Umweltschutzberater e.V.

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de